

## Substanzielles Protokoll 62. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 16. September 2015, 17.00 Uhr bis 20.11 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Petek Altinay (SP), Michael Baumer (FDP), Adrian Gautschi (GLP), Hans Jörg Käppeli (SP), Thomas Osbahr (SVP), Marcel Savarioud (SP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2015/280](#) \* Weisung vom 26.08.2015: VIB  
Elektrizitätswerk, Umwandlung des Elektrizitätswerks in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Zürich
3. [2015/284](#) \* Weisung vom 02.09.2015: FV  
Liegenschaftenverwaltung, Tauschvertrag mit der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) betreffend Abgabe von 498 m2 Wegfläche und Übernahme von 385 m2 Trottoirland an der Toblerstrasse, Quartier Fluntern, Objektkredit und Vertragsgenehmigung
4. [2015/293](#) \* Weisung vom 09.09.2015: VTE  
Dringliche Motion von Niklaus Scherr (AL) und Albert Leiser (FDP) betreffend befristete Senkung der ERZ-Gebühren für Abwasser und Abfall in Form eines Bonus, Bericht und Abschreibung
5. [2015/288](#) \* Interpellation der AL-Fraktion vom 02.09.2015: VIB  
\*\* Beteiligung des ewz an der Limmat Energie AG, Gründe für die Realisierung des Fernwärmeprojekts in den Quartieren Altstetten und Höngg auf einer privatrechtlichen Basis und für den Verzicht auf eine Ausschreibung sowie Rechtsgrundlagen für den Beteiligungsbeschluss in eigener Kompetenz des Stadtrats
6. [2015/100](#) Weisung vom 08.04.2015: STR  
Geschäftsbericht des Stadtrats 2014
7. [2015/180](#) Weisung vom 10.06.2015: STR  
Trimesterbericht I/2015 zu den Globalbudgets

- |     |                          |     |  |     |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 9.  | <a href="#">2015/34</a>  |     | Interpellation von Markus Knauss (Grüne) und Hans Jörg Käppeli (SP) vom 28.01.2015:<br>Umgestaltung des Albisriederplatzes, Berücksichtigung der zusätzlichen Tramlinien, der Hauptroute des Masterplans Velo, der Verkehrsführung für den mobilisierten Individualverkehr sowie einer alternativen Tram-Linienführung nach Altstetten | VTE |
| 10. | <a href="#">2015/108</a> | E/A | Postulat von Petek Altinay (SP) und Nicolas Esseiva (SP) vom 15.04.2015:<br>Einrichtung von Standorten für die Weitergabe von nicht mehr benutzten Haushaltsgegenständen   | VTE |
| 11. | <a href="#">2015/109</a> | E/A | Postulat von Petek Altinay (SP) und Nicolas Esseiva (SP) vom 15.04.2015:<br>Öffnung der Recyclinghöfe Hagenholz und Werdhölzli für die Mitnahme von abgegebenen Haushaltsgegenständen  | VTE |
| 13. | <a href="#">2015/160</a> | E/A | Postulat von Roger-Paul Speck (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 27.05.2015:<br>Realisierung der regional klassierten Veloroute zwischen dem Schwamendingerplatz und der Kreuzung Roswiesenstrasse / Dübendorfstrasse  | VTE |
| 14. | <a href="#">2015/162</a> | E/T | Postulat von Eduard Guggenheim (AL), Marc Bourgeois (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 27.05.2015:<br>Bahnhof Stadelhofen, Realisierung einer Parkieranlage für Velos auf der Gleisüberdeckung  | VTE |
| 15. | <a href="#">2015/264</a> | E/T | Postulat von Claudia Simon (FDP) und Onorina Bodmer (FDP) vom 19.08.2015:<br>Sanierungsarbeiten am Central, bessere Koordination mit anderen Bauvorhaben sowie Verbesserung der Ersatzverbindungen und der Fahrplanempfehlungen  | VTE |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

- 1259. 2015/276**  
**Interpellation von Marcel Savarioud (SP), Roger Tognella (FDP) und 5 Mitunterzeichnenden vom 19.08.2015:**  
**Einhausung der Autobahn SN 1.4.4 in Schwamendingen, Zeitplan für die Realisierung des Projekts, mögliche Kostensteigerungen als Folge der Verzögerungen und Projektanpassungen sowie Sofortmassnahmen zum Schutz der Bevölkerung**

*Reto Vogelbacher (CVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Das Geschäft wurde kürzlich im Kantonsrat eingereicht um dringende Auskunft über die Gründe der unbestimmten Baubeginn-Verzögerung zu verlangen. 1999 stimmte der Kantonsrat der Initiative zur Einhausung der Autobahn einstimmig zu. Im Februar 2006 wurde für die Bewilligung des Objektkredits grünes Licht gegeben. Seither gab es immer wieder*

*Verzögerungen und damit steigt der Unmut der Bevölkerung im Kreis 12, ohne, dass es konkrete Informationen dazu gab. Einerseits verspricht das Bundesamt für Strassen (ASTRA) auf seiner Homepage immer noch einen Baubeginn bis 2017, aber in den Medien hiess es, dem Geschäft drohe eine neue Verzögerung. Die Bevölkerung hat das Recht, darüber informiert zu werden, warum es immer wieder Verzögerungen gibt und wann der konkrete Baubeginn ist. Dieser Antrag wurde parteiübergreifend gestellt.*

Der Rat wird über den Antrag am 23. September 2015 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

## G e s c h ä f t e

### 1260. 2015/280

**Weisung vom 26.08.2015:**

**Elektrizitätswerk, Umwandlung des Elektrizitätswerks in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Zürich**

Die Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Antrag des Stadtrats war an der Bürositzung vom 7. September 2015 umstritten.

***Karin Rykart Sutter (Grüne)** stellt namens der Grüne-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an eine Besondere Kommission mit 17 Mitgliedern gemäss Art. 54 Abs. 2 und 3 GeschO GR: Die Weisung ist gewichtig und hat enorme Auswirkungen für die Stadt. Die SK TED/DIB behandelt im Moment sehr viele Geschäfte, weshalb es einfacher wäre, die Planung der Weisung in einer Besonderen Kommission zu behandeln. In einer solchen Kommission aus 17 Mitgliedern sollen die Fraktionen ihre Mitglieder so stellen, dass diese die Mehrheitsmeinung der jeweiligen Fraktion vertreten. In jedem Fall soll die Kommission ausgeglichen zusammengesetzt sein. Das Gegenargument des zusätzlichen organisatorischen Aufwands lassen wir nicht gelten. Es wird einen Weg geben, dies zu planen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Andreas Kirstein (AL):** Wir werden uns dafür entscheiden, die Weisung der SK TED/DIB zuzuweisen. Wir denken aber, dass das Geschäft von einem ordentlichen Mitberichtsverfahren der Rechnungsprüfungskommission (RPK) und der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zu begleiten ist. Das Geschäft hat auch eine staatsrechtliche, finanzrechtliche sowie inhaltlich finanziell bedeutsame Auswirkung, die eine Mitberichterstattung unbedingt notwendig macht.*

***Roger Tognella (FDP):** Es wird kein ordentliches Mitberichtsverfahren benötigt, denn der Referent der RPK oder die Referentin der GPK können sowieso immer an der Kommissionssitzung teilnehmen. Deshalb werden wir den Antrag der Grünen ablehnen.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 104 gegen 14 Stimmen zu.

Damit ist das Geschäft der SK TED/DIB überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1261. 2015/284**

**Weisung vom 02.09.2015:**

**Liegenschaftenverwaltung, Tauschvertrag mit der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) betreffend die Abgabe von 498 m2 Wegfläche und Übernahme von 385 m2 Trottoirland an der Toblerstrasse, Quartier Fluntern, Objektkredit und Vertragsgenehmigung**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 15. September 2015

**1262. 2015/293**

**Weisung vom 09.09.2015:**

**Dringliche Motion von Niklaus Scherr und Albert Leiser betreffend befristete Senkung der ERZ-Gebühren für Abwasser und Abfall in Form eines Bonus, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 15. September 2015

**1263. 2015/288**

**Interpellation der AL-Fraktion vom 02.09.2015:**

**Beteiligung des ewz an der Limmat Energie AG, Gründe für die Realisierung des Fernwärmeprojekts in den Quartieren Altstetten und Höngg auf einer privatrechtlichen Basis und für den Verzicht auf eine Ausschreibung sowie Rechtsgrundlagen für den Beteiligungsbeschluss in eigener Kompetenz des Stadtrats**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Andreas Kirstein (AL) vom 9. September 2015 (vergleiche Beschluss-Nr. 1239/2015)

Die Dringlicherklärung wird von 59 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**1264. 2015/100**

**Weisung vom 08.04.2015:**

**Geschäftsbericht des Stadtrats 2014**

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2014 (Beilage) wird abgenommen.

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 08.04.2014
- Geschäftsbericht 2014
- Bericht und Antrag der GPK vom 07.09.2015

Statistik betreffend Abschreibungsanträge	
Abschreibungsanträge GPK*	105
Nichtabschreibungsanträge GPK	99
= Total Abschreibungsanträge Stadtrat*	204

- \* einschliesslich der vom Rat im Jahr 2015 bereits abgeschriebenen Geschäfte GR Nrn. 2012/482 und 2013/2

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsmehrheit:

**Michael Schmid (FDP):** Die GPK hat im Geschäftsbericht stellenweise die Bemühungen des Stadtrats gespürt und geschätzt: Konkrete Informationswünsche oder Hinweise zur besseren Verständlichkeit aus früheren Jahren wurden aufgenommen. Als konkrete Beispiele sind hier die Kennzahlen zur Wirtschaftsförderung oder die Kennzahlen aus dem Polizeidepartement zu nennen, die aussagekräftig kommentiert sind. Nach wie vor wünscht sich die GPK im Geschäftsbericht jedoch eine kritischere Darstellung der städtischen Verwaltungstätigkeit, die auch Nichterreichtes, Verbesserungswürdiges sowie Risiken beleuchtet, womit der Nutzen für die parlamentarische Aufsicht erhöht wird. Der Geschäftsbericht ist seit einigen Jahren so gestaltet, dass jedem Departement in einem zweiten Kapitel Jahresschwerpunkte vorangestellt werden. Einige dieser Schwerpunkte sind dabei gehaltvoller als andere. Die GPK ist deshalb der Meinung, dass auf diese Kapitel verzichtet werden kann, wenn es nichts speziell Erwähnenswertes zu berichten gibt, das nicht auch unter den einzelnen Dienstabteilungen dargestellt werden kann. Bei den vom Stadtrat zur Abschreibung empfohlenen Postulate wurde ein zwischen GPK, Büro und Fraktionspräsidien ausgehandeltes neues Verfahren angewendet. Ein Ziel wäre es, der Stadtverwaltung bei nicht abgeschriebenen Postulaten substantielle Hinweise zu geben, warum gegen einen Abschreibungsantrag opponiert wird. Hier erreichen wir eine klare Verbesserung. Alle Anträge auf Abschreibung erfolgen einstimmig, es gibt keine Minderheitsanträge. Eine Aufgabe der GPK ist des Weiteren die Fristenkontrolle zu überwiesenen Motionen. Der Stadtrat hat im Berichtsjahr zu allen fälligen Motionen fristgerecht Antrag an den Gemeinderat gestellt. Die GPK dankt allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und dem Stadtrat für die gute Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank geht an den Sekretär der GPK, Gregor Bucher, für seinen unermüdlichen Einsatz. Das Leistungsniveau der Stadt ist hoch und die Dienstleistungsqualität, die für die Stadt und ihre Bewohner erbracht wird, ist ausgezeichnet. Wo die GPK Fragen hat und auch Kritik äussert, setzt diese auf hohem Niveau an. Die GPK-Mehrheit beantragt den Geschäftsbericht für das Jahr 2014 abzunehmen.

Kommissionsminderheit:

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die Rechnung haben wir abgelehnt, weshalb wir auch den Geschäftsbericht ablehnen. Man spürt nichts von einer departementsübergreifenden Strategie. So sind z. B. die ÖV-Verbindungen der in Zürich eintreffenden Spätzüge aus Genf, Basel, St. Gallen, Lugano oder Mailand nicht gut auf den städtischen Tramverkehr abgestimmt. Meistens verpasst man das letzte Tram. Dies ist kein Vorwurf an die Verkehrsbetriebe (VBZ), die nicht über den Fahrplan allein bestimmen kann. Wenn man den ÖV fördern will, sollte man ihn wirklich fördern und nicht nur den Individualverkehr schikanieren. Die im Geschäftsbericht angesprochene Fähigkeit, von anderen Städten zu lernen, stimmt also nicht ganz. Man lernt selektiv. Dazu gehört auch, dass in Zürich um Mitternacht die Beizen ihre Tische und Stühle hineinräumen müssen. Auch wenn es noch draussen noch warm ist, darf man nicht mehr dort sitzen. So will es unser Polizeidepartement. Positiv zu bemerken ist die gute Arbeit der Stadtkanzlei und der Stadtschreiberin der Stadtverwaltung. Das Finanzdepartement lobt das Genossenschaftsprojekt Kalkbreite in hohen Tönen. Autolenker oder -inhaber sind dort aber unerwünscht, was man auch im Bericht erwähnen könnte. Das Polizeidepartement rüstet dagegen sehr viel auf. Dies mit Selbstschussanlagen und Kameras mit niedrigen Toleranzgrenzen. Einen Beitrag zur Sicherheit leisten diese Anlagen dann nicht, wenn sie vom Verkehrsgeschehen ablenken. Man finanziert die Anlagen aus dem Ertrag aus Ordnungsbussen, das ist ein

*Kreislauf. Je mehr Anlagen, desto mehr Bussen, je mehr Bussen, desto mehr Anlagen. Positiv im Gesundheits- und Umweltschutzdepartement ist das geriatrische Forum. Abgesehen davon zeichnet sich das Departement durch Fluktuation aus. In Zusammenhang mit der 2000-Watt-Gesellschaft, wurde das Theaterspektakel in die Ferien vorverschoben. Sollte dies Schule machen, muss man sich fragen, ob dies eine Belohnung ist für die Daheimgebliebenen und eine Strafe für diejenigen, die in den Ferien weggefahren sind und somit gegen das Dogma der 2000-Watt-Gesellschaft verstossen haben. Einen Hoffnungsschimmer gibt es allerdings auch. Im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement der Stadt Zürich, kann man einen Paradigmenwechsel feststellen. Man kann nichts von heute auf morgen ändern, aber man ist auf dem Weg zu einer guten Sachpolitik, die im Rahmen der Möglichkeiten realisiert wird. Das gleiche gilt für die Industriellen Betriebe, die sich wirklich mit ihren Schwierigkeiten und Anforderungen an sie auseinandersetzen. Das kann man vom Hochbaudepartement nicht sagen. Nach wie vor wird sehr teuer gebaut und es gibt in Zürich immer noch kein Fussballstadion. Das Sport- und Schuldepartement zeichnet sich dagegen dadurch aus, dass es nicht gross auffällt.*

Weitere Wortmeldungen:

**Nina Fehr Düsel (SVP):** *Wir wünschen uns allgemein eine kritischere Darstellung der städtischen Verwaltungstätigkeit. Es sollen auch Verbesserungsmöglichkeiten und Risiken aufgezeigt werden. Der Geschäftsbericht soll keine generelle Lobeshymne sein, sondern ein realistischer Rapport. Uns fehlen auch gewisse Punkte, exemplarisch sei hier das Polizeidepartement genannt. Wir vermissen die gesetzlichen Grundlagen für den Betrieb des Forensischen Instituts in Zürich, eine Erklärung für die lange Verfahrensdauer bei noch hängigen Gesuchen für Salonbewilligungen sowie für Tempo-30-Zonen. Aus all diesen Gründen lehnt die SVP den Geschäftsbericht ab.*

**Simon Kälin (Grüne):** *Die SVP ist immer die Partei, die auf den Volksentscheiden beharrt und darauf pocht, dass diese strikt umgesetzt werden. Die 2000-Watt-Gesellschaft wurde klar angenommen, sie stellt eine Weichenstellung für den Klima- und Umweltschutz dar. Der andere Volksentscheid, gegen das Fussballstadion, wurde ebenso klar entschieden. Der Geschäftsbericht vertritt die Innensicht der Stadt. Wenn man einen kritischeren Bericht möchte, ist es die Aufgabe der GPK, die Aussensicht einfließen zu lassen. Die wichtige Frage ist, was uns nicht berichtet wird. Der Zeitaufwand, um dies herauszufinden, ist relativ gross. Der Bericht ist gelungen und dem Stadtrat sollte das Vertrauen ausgesprochen werden.*

**Roger Liebi (SVP):** *Hinsichtlich der Schwerpunkte 2035 kann man vom vorliegenden Geschäftsbericht nur enttäuscht sein. Das, was wie schon erwähnt nicht im Bericht steht, ist relativ bezeichnend. Wie man die wirtschaftlichen Herausforderungen meistern will, dem Wirtschaftsstandort und dem Finanzplatz Zürich mehr Gewicht geben möchte. Dafür steht im Bericht, dass eine deutliche Senkung der Arbeitslosenzahlen nach wie vor nicht gelinge, da die Zuwanderung Erwerbstätiger anhalten wird. Die rot-grüne Stadtregierung hat also offenbar die Zeichen der Zeit erkannt. Dann heisst es weiter, der Wohlstand der Stadt könne nur bedingt beeinflusst werden, für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) möchte man aber nichts tun. Beim Präsidentsdepartement steht, man hätte sich mit den KMU und dem Finanzplatz ausgetauscht. Ich höre aber immer, die Stadtpräsidentin setze sich zuwenig für wirtschaftliche Anliegen ein.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Der Geschäftsbericht ist durchtränkt von den Ideologien des Stadtrats. Ganz offensichtlich weiss aber innerhalb des Stadtrats der eine nicht, was der andere macht. Stadtrat Raphael Golta sagte anlässlich der Strategie 2018–2021 des Zürcher Verkehrsverbands (ZVV), dass auf Achsen, auf denen Busse fahren, auf Tempo-30-Zonen verzichtet werden soll. Der Polizeivorsteher schreibt diese Zonen*

trotzdem aus. Als Schwerpunkt hätte man sich Tempo-30-Zonen in der Nacht gesetzt, schreibt die Dienstabteilung Verkehr. Wir alle wissen, dass es nicht dabei bleibt. Im Bericht des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements ist nichts von einem Richtungswechsel zu lesen. Die Hauptkapitel betreffen provisorische Velorouten um das Seebecken, weitere flankierende Massnahmen an der Westumfahrung, Spurenabbau an der Uraniastrasse und Tempo-30-Zonen am Römerhof. Kein einziges Wort über einen Rosengartentunnel, über Parkplätze, nichts über einen Stadttunnel zur Verkehrsentslastung. Beim Sozialdepartement heisst es, der Strichplatz funktioniere wunderbar. Laut Medienberichterstattung sieht das allerdings anders aus.

**Renate Fischer (SP):** Der Bericht könnte kritischer sein. Aber wir sind uns bewusst, dass Geschäftsberichte, egal von welcher Organisation, vor allem den Erfolg präsentieren und die Organisation positiv darstellen wollen. Es ist die Aufgabe der GPK, kritisch nachzufragen und Schwerpunkte in unseren Gesprächen mit dem Stadtrat zu setzen. Der Geschäftsbericht gibt, so wie er ist, eine gute Übersicht über die Tätigkeit der verschiedenen Departemente. Die SP wird dem Bericht zustimmen.

**Niklaus Scherr (AL):** Am 18. März 2014 hat sich die Erdgas Zürich AG in Energie 360° AG umbenennen lassen. Das war ein programmatischer Namenswechsel. Das Wort Zürich ist aus der Benennung unserer ehemaligen Gasversorgung verschwunden. Die neue Energie 360° AG soll, laut Geschäftsbericht, der führende Energieversorger für ökologisch sinnvolle Wärmelösungen in der Schweiz werden. Ziel ist es also, die ganze Schweiz zu erobern und die ganze Palette von energetischen Leistungen anzubieten. Wir befinden uns momentan in einem Prozess, in dem wir ein weiteres städtisches Werk in die unternehmerische Selbständigkeit entlassen. Deshalb wäre es interessant zu wissen, wie sich ein solches ausgegliedertes Werk noch in einem Geschäftsbericht des Stadtrats niederschlägt. Es ist jedoch speziell, dass man über eine komplette Firma, die zu 96 % der Stadt gehört und die strategisch neu aufgestellt wird, im Geschäftsbericht des Stadtrats nichts lesen kann. Anscheinend haben die jährlichen Tätigkeiten einer Firma, die fast gänzlich in Kommunalbesitz ist und einen Jahresumsatz von über 500 Millionen Franken generiert, den Gemeinderat nicht weiter zu beschäftigen.

**Dr. Mario Babini (parteilos):** Ich finde den Geschäftsbericht gut, dennoch fehlt mir aus ökonomischer Sicht ein globales Kennzahlensystem, das die relevanten Entwicklungen möglichst transparent darstellt. Man könnte prüfen, ohne dies zu einem überbordenden bürokratischen Aufwand werden zu lassen, ob ein solches System nicht auch Element eines Geschäftsberichts sein könnte. Damit liesse sich auch die Wirkung finanzpolitischer Massnahmen bezüglich Effizienz und Effektivität prüfen und ob sich demzufolge auch ein Mehrjahresvergleich lohnen würde.

**Roger Liebi (SVP):** Die Stadtpräsidentin reiste nach New York und erachtete die dortige Filmindustrie als wichtigen Wirtschaftszweig. Wichtiger wäre es vielleicht gewesen, auch hinsichtlich europäischer Finanzkrisen zu untersuchen, was zwischen den beiden Finanzplätzen Europa und USA passiert und was für die Zukunft dieser Finanzplätze angedacht ist.

**Mauro Tuena (SVP):** In den abbeschriebenen Postulaten sind Forderungen enthalten, die das Parlament mehrheitlich überwiesen hat. Es sollte doch noch einmal überlegt werden, ob diese Postulate nicht umgesetzt werden können, weil diese Forderungen nicht aus der Luft gegriffen sind. Es sollte nicht so sein, dass im nächsten Jahr wieder genau die gleichen Anträge zu Abschreibungen eingereicht werden.

**Michael Schmid (FDP):** Wir haben in der GPK in den vergangenen Jahren festgestellt, dass GPK und Gemeinderat Postulate nicht abschreiben, aber der Stadtrat diese dann

*vor sich hinstauben lässt. Die gleiche Begründung und derselbe Abschreibungsantrag kommen jedes Jahr wieder und so werden die Postulate von einem Geschäftsbericht in den nächsten geschoben. Das möchten wir nicht mehr. Dort, wo nicht abgeschrieben wird, benötigen wir substantielle Begründungen der Urheber.*

**Urs Helfenstein (SP):** *Die GPK hat die Behandlung des Geschäftsberichts abgeschlossen und alle Kommissionsmitglieder aller Parteien hatten die Möglichkeit, ihre Fragen einzureichen. Diese wurden zur Zufriedenheit der ganzen Kommission beantwortet. Ich weiss es zu schätzen, dass Nicht-Kommissionsmitglieder den Bericht lesen. Dies jedoch bitte in der nötigen Frist, damit die Kommissionsmitglieder ihre Fragen noch einreichen können.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Es gibt Sachen, die nicht in der direkten Kompetenz der Stadt liegen. Aber wenn die Stadt schon so wahnsinnig gut vernetzt ist, soll sie sich auch an den entsprechenden Stellen für gewisse Anliegen einsetzen. Das betrifft vor allem die Fahrplangestaltung. Wenn sie das nicht macht, ist dies eine Unterlassungssünde. Es ist wichtig, dass man Kurskorrekturen vornimmt und diese konsequent durchzieht, auch wenn sie nicht sofort sichtbar sind.*

Detailanträge der GPK (Abschreibungsanträge Postulate)

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt den Abschreibungsanträgen der GPK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Michael Schmid (FDP), Referent; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Claudia Simon (FDP), Claudia Simon (FDP)  
Minderheit: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent;  
Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2014 (Beilage) wird abgenommen.
2. Folgende Geschäfte werden als erledigt abgeschrieben:

Allgemeine Verwaltung

POS 2000/000292	21.06.2000 10.01.2001	Marti Peter und Rosenheim Monjek Einbürgerung, Einführung von Sprachtests
POS 2010/000257	14.11.2007 09.06.2010	Uttinger Ursula und Egger Urs Einbürgerungen, Bestehen einer Deutschprüfung als Voraussetzung



POS 2012/000392	31.10.2012 14.11.2012	Bürlimann Martin und Tomezzoli Ruggero Anpassung der Beglaubigungsbögen für die Unterschriften zu den Listen- oder Personenwahlen auf Gemeindeebene
POS 2012/000406	07.11.2012 19.06.2013	Bürlimann Martin und Tomezzoli Ruggero Nicht unterschriebene Stimmrechtsausweise, Verständigung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

## Präsidialdepartement

POS 2006/000556	07.06.2006 29.11.2006	Nagel Ueli und Nielsen Claudia Uto Kulm, Landabtausch mit der Gemeinde Stallikon
POS 2009/000428	23.09.2009 12.09.2012	Z'graggen Marcel und Rabelbauer Richard Zuteilung der frei werdenden Räume an der Röslistrasse 11 zur Röslichür
POS 2009/000570	02.12.2009 11.12.2009	Badran Jacqueline und Glättli Balthasar Statistisches Amt der Stadt Zürich, vermehrte Nutzung als stadtinternes Kompetenzzentrum für Studien und Erhebungen
POS 2012/000102	14.03.2012 04.04.2012	Dubno Samuel und Garcia Isabel Systematisierung und Vereinheitlichung der Formate und Layouts der städtischen Drucksachen und Publikationen
POS 2012/000235	06.06.2012 04.07.2012	Würth Eva-Maria Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit für den «Garten der Künste» beim Kunsthaus-Neubau
POS 2012/000418	14.11.2012 28.11.2012	CVP-Fraktion und FDP-Fraktion Sicherstellung der Verwendung des für das Dada-Jubiläum gesprochenen Betrags für die Durchführung des Jubiläums
POS 2012/000456	05.12.2012 12.12.2012	Grüne-Fraktion Elektronische Publikation sämtlicher Jahresberichte der städtischen Dienstabteilungen zur Senkung der Druckkosten und des Papierverbrauchs

## Finanzdepartement

POS 2005/000045	09.02.2005 19.12.2007	Danner Ernst Buchführung mit IPSAS, Bericht über Vor- und Nachteile bei deren Einführung
POS 2006/000525	22.11.2006 06.12.2006	Egger Urs Negative Einkommenssteuer, Bericht über Auswirkungen auf sozialpolitische Massnahmen bei allfälliger Einführung
POS 2007/000214	18.04.2007 23.05.2007	Glättli Balthasar und Badran Jacqueline Geschlechterspezifische Budgetanalyse, regelmässige Berichterstattung
POS 2007/000635	06.12.2007 19.12.2007	Angst Walter und Danner Ernst Neue Rechnungslegung bei den Gemeinden des Kantons Zürich, Bericht
POS 2008/000516	12.11.2008 22.12.2010	Badran Jacqueline und Mauch Corine Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmungen, Bericht an den Gemeinderat

POS 2008/000544	03.12.2008 10.12.2008	FDP-Fraktion Stadtverwaltung, Kostenreduktion für die Personalwerbung
POS 2009/000119	01.04.2009 22.12.2010	Badran Jacqueline Liegenschaften der Kantonalen Liegenschaften AG, Vor- kaufsrecht der Stadt Zürich
POS 2010/000098	10.02.2010 27.06.2012	Graf Davy und Nielsen Claudia Offenes WLAN auf Stadtgebiet
POS 2010/000156	07.04.2010 21.11.2012	Grüne-Fraktion Umstellung auf kontrolliert biologische Bewirtschaftung des städtischen Landbesitzes ausserhalb der Stadtgrenzen
POS 2010/000404	22.09.2010 21.11.2012	AL-Fraktion Güterbahnhofareal, Erwerb und Nutzung im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung
POS 2010/000462	03.11.2010 21.11.2012	Probst Matthias und Hug Christina Umnutzung ungenutzter Parkplätze in Tiefgaragen zu Pro- beräumen für Musikbands
POS 2010/000510	08.12.2010 16.03.2011	Spieß Christoph und Blöchliger Patrick Stabilisierung der Stellenzahl der städtischen Verwaltung ab 2012
POS 2010/000524	08.12.2010 21.11.2012	AL-Fraktion Realisierung eines Gewerbehouses auf dem SBB-Areal Bahnhof Seebach
POS 2010/000525	08.12.2010 30.03.2011	SP-, Grüne-, AL-Fraktion und parlamentarische Gruppe EVP Ergänzung der «Richtlinie Soziale Nachhaltigkeit» mit öko- logischer Nachhaltigkeit
POS 2010/000533	22.12.2010 19.01.2011	Simon Claudia und Hänni-Etter Cäcilia Senkung der Kosten für Stelleninserate
POS 2012/000435	12.01.2011 21.11.2012	GLP-Fraktion Regelung für das Melden von Missständen durch Mitarbei- tende der städtischen Verwaltung. Erarbeitung einer Ver- ordnung
POS 2012/000196	09.05.2012 23.05.2012	Grüne-Fraktion Verwendung des Restkredits aus dem Rahmenkredit «Ak- tive städtische Wohnbaupolitik, Verbilligung der Mietzinse durch Abschreibungsbeiträge» zur Gewährung von Ab- schreibungsbeiträgen beim Kauf von Wohnliegenschaften durch die Stadt
POS 2012/000451	05.12.2012 12.12.2012	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion und GLP-Fraktion Strombedarf der Dienstabteilungen der Stadt, Deckung zu 100 % durch naturmade.starzertifizierte oder gleichwertige Produkte

#### Polizeidepartement

POS 2002/000044	30.01.2002 17.04.2002	Freisinnig-Demokratische Partei Fraktion Kreuzplatz, Optimierung der Verkehrsführung und -steuerung
--------------------	--------------------------	---

POS 2005/000333	10.09.2003 24.08.2005	Nielsen Claudia Westtangente, Vorlage für eine effiziente Verkehrssteuerung
POS 2004/000669	15.12.2004 12.01.2005	Bachmann Hans und 59 Mitunterzeichnende Güterumschlagplätze, vermehrte Schaffung durch entsprechende Strassensignalisation
POS 2006/000210	31.05.2006 18.11.2009	Angst Walter Politische Veranstaltungen und Festbetriebe, Reorganisation des Bewilligungsverfahrens
POS 2009/000222	27.05.2009 22.06.2011	Uttinger Ursula und Pflüger Severin Intensivierung der Polizei-Zusammenarbeit
POS 2009/000283	24.06.2009 08.07.2009	SVP, FDP und CVP-Fraktionen Tankstellenshops, Beibehaltung des Status quo bezüglich Öffnungszeiten und Produkteangebote
POS 2009/000332	08.07.2009 21.10.2009	Jüsi Bernhard Sofortmassnahmen zur Entlastung von Quartier- und Durchgangsstrassen in den Quartieren Enge und Wollishofen
POS 2012/000378	30.03.2011 24.10.2012	Katumba Andrew und Wyler Rebekka Flächendeckende und durchgehende Einfärbung der Radstreifen auf dem gesamten Stadtgebiet
POS 2011/000274	13.07.2011 31.08.2011	Bourgeois Marc und Simon Claudia Bewilligung der Boulevardgastronomie an der Dufourstrasse sowie an vergleichbaren Lagen im bisherigen Umfang
POS 2011/000350	21.09.2011 30.11.2011	Tuena Mauro und Liebi Roger Stadtpolizei Zürich, Möglichkeiten zur Auszahlung oder Kompensation der Überzeit Saldi
POS 2012/000015	18.01.2012 29.02.2012	Schönbächler Marcel Verrechnung der anfallenden Sicherheitskosten für eingedellte, berauschte Personen in den Regionalwachen
POS 2012/000135	28.03.2012 30.05.2012	Bourgeois Marc und Schmid Michael Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse / Häringstrasse sowie Anpassung des Nachtfahrverbots
POS 2012/000269	27.06.2012 11.07.2012	Bartholdi Roger und Haller Margrit Strichplatz Altstetten, Verhinderung der Prostitution in den umliegenden Quartieren

#### Gesundheits- und Umweltdepartement

POS 1993/000453	15.09.1993 02.03.1994	Reinhard Anneliese und 16 Mitunterzeichnende Flughafen Kloten, Abflugrouten über das Stadtgebiet, Verhinderung
POS 2013/000154	17.04.2013 21.08.2013	Edelmann Andreas und Glaser Helen Massnahmen zur verstärkten Förderung von Null-Energie-Bauten
POS 2013/000155	17.04.2013 21.08.2013	Glaser Helen und Edelmann Andreas Erhöhung der Zahl der energetischen Sanierungen beim bestehenden Gebäudepark

## Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

POS 1999/000591	24.11.1999 14.11.2001	Seliner Emil und Ottmer Lars Langstrasse, Aufwertung der umliegenden Quartierplätze
POS 2000/000065	09.02.2000 05.06.2002	Schüepf Jürg R. und Furter Willy Westast, Anschluss nach Brunau und Schöneich
POS 2003/000132	31.01.2001 02.04.2003	Schönbächler Robert und 12 Mitunterzeichnende S-Bahnhof Hardbrücke bis Pfingstweidstrasse, Gestaltung des Raumes als Bahnhofplatz
POS 2001/000577	14.11.2001 23.10.2002	Schmid Roland und Rosenheim Monjek Manesseplatz, verkehrstechnische Verbesserung
POS 2001/000587	21.11.2001 21.01.2004	Virag Jansen Eva Uetlibergtunnel, flankierende Verkehrsmassnahmen
POS 2002/000057	06.02.2002 02.04.2003	Schönbächler Robert und Furter Willy Maag-Areal/Gerold-Areal/ Bahnhof Hardbrücke, Gestaltungsplan
POS 2006/000387	09.06.2004 13.09.2006	Scherr Niklaus und Leiser Albert Werk-Tarifordnungen, einheitlicher gemeinsamer Gebührenbezug
POS 2007/000061	25.08.2004 31.01.2007	Stokar Gasser Christine Rüthofquartier, kostengünstige Aufwertung der Verkehrssituation
POS 2007/000104	07.03.2007 25.02.2009	Egger Urs Bahnhöfe und wichtige Plätze, Erstellen kostenpflichtiger Velostationen
POS 2008/000061	23.01.2008 06.02.2006	SK Verkehr Baulinienrevisionen, Information betroffener Grundeigentümerschaften
POS 2008/000062	23.01.2008 26.05.2010	Seidler Christine und Traber Christian Arten- und Lebensraumförderung, Konzept
POS 2008/000063	23.01.2008 23.06.2010	Käppeli Hans Jörg und Elmer Lück Annemarie Fronwaldstrasse, Erstellen einer Überführung über die Bahnlinie
POS 2009/000030	21.01.2009 04.02.2009	Stähli-Barth Peter, Sidler Bruno und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, Aufwertung des Bahnhofplatzes Süd
POS 2009/000031	21.01.2009 04.02.2009	Sidler Bruno, Stähli-Barth Peter und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, attraktives Erscheinungsbild
POS 2009/000118	01.04.2009 10.11.2010	Reimann Beatrice und Ammann Andreas Künftige Tiefbauprojekte, Verzicht auf das Konzept der Längsparkierung auf dem Trottoir
POS 2011/000066	18.11.2009 09.03.2011	Nagel Ueli und Leupi Daniel Rechtlicher Schutz der Bäume und Baumbestände

POS 2009/000580	02.12.2009 16.12.2009	Käppeli Hans Jörg und Katumba Andrew Schmiede Wiedikon, Realisierung einer hohen Einstiegs- kante für Bus und Tram
POS 2009/000598	11.12.2009 29.02.2012	Traber Christian und Leupi Daniel Erstellung einer Verbindung zwischen Sihlpromenade und Lessingstrasse
POS 2010/000063	27.01.2010 06.06.2012	Seidler Christine und Nagel Ueli Erhaltung von Brachflächen für eine zeitlich beschränkte Zwischennutzung für Kultur, Gesellschaft und Natur
POS 2010/000321	14.07.2010 26.09.2012	Nagel Ueli und Probst Matthias Schaffung einer Internet-Plattform für Velofahrende in der Stadt Zürich
POS 2010/000489	24.11.2010 03.10.2012	Kälin Simon ZVV, Aufrechterhaltung eines Fahrplanangebots nach Sihlbrugg Station
POS 2011/000006	12.01.2011 07.11.2012	Trevisan Guido und Bernhard Irene Nutzung des Schlittelwegs vom Triemli bis Bahnhof Uet- liberg für Velofahrende während der schneefreien Zeit
POS 2011/000097	30.03.2011 07.11.2012	Trevisan Guido und Nabholz Ann-Catherine Einrichtung von Veloliften oder von kostenlosen Velo-VBZ- Kurzstrecken
POS 2011/000201	06.08.2011 07.11.2012	Spiess Christoph und Blöchlinger Patrick Verzicht auf die Errichtung nicht dringend notwendiger Inseln und Trottoirnasen auf wichtigen Verkehrsachsen
POS 2011/000349	21.09.2011 05.10.2011	Frei Dorothea, Tognella Roger und 7 Mitunterzeichnende Autobahnanschluss durch das Quartier Auzeleg, Verhinde- rung des Eintrags in den kantonalen Richtplan
POS 2012/000029	25.01.2012 29.02.2012	Fehr Urs und Schwendener Thomas Weitere Unterstützung der Voliere in Zürich-Seebach
POS 2012/000053	08.02.2012 14.03.2012	Knauss Markus Realisierung einer direkten Veloführung von der Quaibrü- cke zur Rämistrasse
POS 2012/000318	29.08.2012 12.09.2012	FDP-Fraktion, Grüne-Fraktion, CVP-Fraktion und SP- Fraktion Ausrüstung der Tramhaltestelle Rennweg mit durchgehend hohen Haltekanten
POS 2012/000391	31.10.2012 05.12.2012	Von Matt Hans Urs und Dubs Früh Marianne Fahrradparkplatz beim Eingang zum Strandbad Mythen- quai, Sanierung und Regelung der Bewirtschaftung
POS 2012/000444	28.11.2012 15.12.2012	Probst Matthias und Steiner Kathy Massnahmen zur verstärkten Bekämpfung von invasiven Neophyten in der Stadt
POS 2012/000455	05.12.2012 15.12.2012	Brander Simone Umgestaltung der Stadt Zürich in eine «essbare Stadt»
POS 2012/000460	05.12.2012 14.12.2012	Tuena Mauro und Hüsey Kurt Verzicht auf die behindertengerechte Umgestaltung der Tramhaltestelle an der Tannenstrasse

POS	17.04.2013	Grüne-Fraktion, GLP-Fraktion, FDP-Fraktion, SP-Fraktion und CVP-Fraktion
2013/000152	03.07.2013	Nutzerfreundliche Gestaltung der Schulstrasse im Bereich zwischen dem Neumarkt und Swissôtel
POS	28.08.2013	SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, CVP-Fraktion und AL-Fraktion
2013/000293	11.09.2013	Verzicht auf den weiteren Einsatz des ÖRBI

#### Hochbaudepartement

POS	02.06.2004	Isele Christina und Kappeler Thomas
2004/000288	16.06.2004	Privater Gestaltungsplan «Tobelhof», Massnahmen gegen unberechtigtes Parkieren
POS	14.03.2007	Butz Marlène und Mauch Corine
2007/000121	15.09.2010	Strategien Zürich 2025, Nutzungsänderungen von Wohnraum im Hochschulgebiet
POS	18.11.2009	Scherr Niklaus
2009/000541	27.01.2010	Bau- und Zonenordnung, Nichtanrechnung auf den Wohnanteil von Zweitwohnungen, Hotelnutzungen und Business-Appartements
POS	03.02.2010	SP-Fraktion
2010/000079	29.08.2012	Vereinfachung der Vorgaben und Richtlinien bei der Ausstattung der Betreuungseinrichtungen
POS	01.12.2010	Vocat Fabienne Nicole und Baumer Michael
2010/000502	29.08.2012	Anpassung der Standards für den Bau von kostengünstigeren Volksschulanlagen in der Stadt Zürich
POS	06.07.2011	Rechsteiner Urs und Hungerbühler Markus
2011/000269	16.12.2011	Aufhebung der Fachstelle «Kunst und Bau»
POS	06.03.2013	Nabholz Ann-Catherine und Käser Philipp
2013/000072	23.10.2013	Erweiterung der Richtlinien «Kunst und Bau» mit ökologischen Projekten unter dem Titel «Natur und Bau»
POS	04.09.2013	Nüssli-Danuser Andrea und Brander Simon
2013/000304	23.10.2013	Ausbau der Veloabstellplätze bei den bestehenden und künftigen Schulanlagen

#### Departement der Industriellen Betriebe

POS	08.02.1995	Tschopp Kurt
1995/000050	29.03.1995	Bushaltestelle Bahnhof Wipkingen, Errichtung eines Unterstandes
POS	15.11.2000	Meier Hans-Ulrich
2000/000547	02.04.2003	Scheuchzerstrasse, Verlegung der VBZ-Haltestelle
POS	07.04.2004	Amacker Bruno
2004/000198	25.05.2005	Ausrangierte Schweizer Nutzfahrzeuge, Erhaltung
POS	02.09.2009	Di Concilio Salvatore und Filli Peider
2009/000391	27.06.2012	Limmatschiffahrt, Erhöhung der Taktfrequenz und Wiedereinführung der Haltestelle Wollishofen

POS 2009/000406	16.09.2009 27.06.2012	Jäger Alexander und Piller Bernhard Beteiligung des EWZ an europäischen Hochspannungsleitungen über Swissgrid
POS 2011/000090	23.03.2011 06.03.2013	Spiess Christoph und Blöchlinger Patrick Ausstieg aus der atomaren Stromproduktion ohne Beeinträchtigung von Natur und Landschaft
POS 2012/000138	07.12.2011 28.03.2012	Piller Bernhard und Glaser Helen Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ), Verpflichtung zu einer jährlichen Stromeinsparung von 1 % pro Jahr auf der Basis des Referenzjahres 2012

### Schul- und Sportdepartement

POS 2010/000367	05.03.2008 01.09.2010	SP-Fraktion Sprach- und Deutschkenntnisse, Förderung vor Eintritt in den Kindergarten
POS 2009/000468	21.10.2009 05.09.2012	Marthaler Thomas Freestyle Park Allmend Brunau, Ausarbeitung eines Betriebskonzeptes
POS 2012/000427	23.06.2010 14.11.2012	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin Schaffung von eigenen Schulsekretariaten für die Schulleitungen
POS 2010/000529	15.12.2010 14.11.2012	Hug Christina und Rabelbauer-Pfiffner Claudia Vermittlung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung und der 2000-Watt-Gesellschaft in den städtischen Schulen
POS 2011/000348	21.09.2011 23.11.2011	SP-Fraktion Betreuungsangebote für schulpflichtige Kinder, Pauschalierung der Angebote sowie Vereinfachung der administrativen Abläufe
POS 2011/000455	07.12.2011 17.12.2011	Angst Walter Externe Evaluation zur Überprüfung von Wirkung und Nutzen der Massnahmen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Tagesstrukturen
POS 2012/000429	28.03.2012 14.11.2012	Garcia Isabel und Hauri Andreas Neuregelung der Mittagszeit in den städtischen Tagesschulen, Mittagstischen und Horten
POS 2012/000454	05.12.2012 12.12.2012	Wyler Rebekka Ausbau der Schuldenprävention an der Oberstufe und an den Berufsschulen
POS 2013/000099	20.03.2013 03.04.2013	GLP-Fraktion Künftige Nutzungsszenarien für das Stadion Letzigrund

### Sozialdepartement

POS 2011/000007	12.01.2011 03.10.2012	Glaser Helen Einführung eines speziellen Nachweises für die Freiwilligenarbeit von Schüler/innen und Jugendlichen
POS 2011/000483	14.12.2011 17.12.2011	Mächler Martin Verzicht auf die Kürzung der Ausbildungszulagen für die Kitas

---

POS	17.04.2013 <sup>1</sup>	Sangines Alan David und Dubno Samuel
2013/000156 <sup>3</sup>	05.06.2013 <sup>2</sup>	Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Einflussnahme der Stadt auf das Betriebskonzept

1 = Eingangsdatum, 2 = Überweisungsdatum, 3 = GR Nr.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation der Ziffer 1 am 23. September 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

## 1265. 2015/180

### **Weisung vom 10.06.2015: Trimesterbericht I/2015 zu den Globalbudgets**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Trimesterberichte per 30. April 2015 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

**Rebekka Wyler (SP):** *Wir haben den Trimesterbericht geprüft und dazu diverse Fragen gestellt. Das Museum Rietberg wird seine Rechnung innerhalb des Budgets abschliessen. Das Steueramt weist aufgrund weniger Lagerdienstleistungen an den Kanton einen tieferen Ertrag aus. Man geht auch hier davon aus, dass man sich im Rahmen des Budgets bewegt. Das gleiche gilt für die städtischen Pflegezentren. Bei den Alterszentren geht man eher von einer Überschreitung des Budgets aus. Näher angeschaut haben wir auch die beiden Stadtspitäler Waid und Triemli. Die RPK hat sich vor allem dafür interessiert, wie dort mit der Fallpauschale und den Berechnungen der Fallschwere umgegangen wird und was das für die finanzielle Lage der beiden Spitäler bedeutet. Auch bei Geomatik und Vermessung wird man im Budget bleiben. Zu Grün Stadt Zürich holte man Auskunft ein über die Verwendung des Holzes, zum Holzverbrauch im Stadtspital Triemli und was sich im Holzmarkt verändert hat. Zum Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) wollte man etwas über die Kundenentwicklung bei zunehmender Marktöffnung wissen und über die Entwicklung des Glasfaserkabelnetzes. Zum Sportamt kann man noch nicht viel sagen, weil der Vollbetrieb erst im Sommer anfängt. Die Stadt geht auch hier davon aus, dass man im Rahmen des Budgets bleibt. Die RPK-Mehrheit beantragt, den Änderungsantrag abzulehnen und die Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.*

Kommissionsminderheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** *Die Minderheit nimmt den Bericht ablehnend zur Kenntnis. Es ist nicht erkennbar, dass der Stadtrat und die Verwaltung ernsthaft versuchen den Gesamtaufwand zu senken. Der Gesamtaufwand, Personalaufwand, Sachaufwand, Stellenwert und alle Ausgaben steigen. Dies seit Jahr und Tag. Es sind grosse Überschreitungen und unerwartete Probleme aufgetaucht. Die ausgewiesenen Kennzahlen sind mehrheitlich eingehalten worden. Die einzelnen Dienstabteilungen und Betriebe arbeiten gut. Es ist die Politik, die nicht wahrhaben will, dass die Probleme zunehmen, insbesondere wenn man sieht, dass in Europa keine Antwort für keines der aktuellen Probleme gefunden wird, insbesondere der Wanderungsbewegungen und finanziellen Probleme der Staatshaushalte. Im Trimesterbericht findet sich keine einzige Passage, in der der Wille zur Kostensenkung und Ausgabenreduzierung klar zum Ausdruck kommt. Die Minderheit kritisiert auch bei diesem Trimesterbericht den*



*Gebrauch der Geheimhaltung. Diese betrifft Steuergelder, Gelder aus Gebühren und Abgaben und es sind durchs Band Betriebe, Departemente und Dienstabteilungen, die der Öffentlichkeit Auskunft schulden, was mit dem Geld passiert und wo es Probleme gibt. Die ausgewiesene Kennzahl beim Glasfasernetz ist, wie im Trimesterbericht zu lesen, massiv gestiegen. Doch statt mehr Umsatz, gibt es nur mehr Probleme und weniger Einnahmen. Die Geheimhaltung sollte künftig zurückhaltender angewandt werden. Im Trimesterbericht fehlt, wie der Stadtrat seine eigenen, angekündigten Sparmassnahmen umsetzen will. Es kommt nicht zur Sprache, in welchen Bereichen und auf welchen speziellen Posten die Ausgaben gesenkt werden sollen. Mit diesem Trimesterbericht wird das Signal ausgesendet, dass es dem Stadtrat egal ist, ob es mehr Defizite gibt. Wir verlangen mit Nachdruck, dass die Gesamtausgaben von Stadt und Verwaltung sinken. Das muss auch in diesem Bericht zum Ausdruck kommen.*

#### Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Die Trimesterberichte per 30. April 2015 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)  
Abwesend: Andrea Nüssli (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 21 Stimmen zu.

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)  
Abwesend: Andrea Nüssli (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Trimesterberichte per 30. April 2015 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 23. September 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1266. 2015/34

**Interpellation von Markus Knauss (Grüne) und Hans Jörg Käppeli (SP) vom 28.01.2015:**

**Umgestaltung des Albisriederplatzes, Berücksichtigung der zusätzlichen Tramlinien, der Hauptroute des Masterplans Velo, der Verkehrsführung für den mobilisierten Individualverkehr sowie einer alternativen Tram-Linienführung nach Altstetten**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 606 vom 1. Juli 2015).

**Markus Knauss (Grüne)** nimmt Stellung: Seit einigen Jahren plant der Kanton Zürich einen Rosengartentunnel und ein Rosengartentram. Die Stadt erklärt jedoch, dass alle Investitionen am Albisriederplatz verloren seien, wenn jemals das Projekt Rosengartentunnel umgesetzt wird. Der Regierungsrat ist offensichtlich ähnlicher Meinung. Dort entschied man, die Verkehrsführung am Albisriederplatz zu genehmigen, man genehmigte dazu auch entsprechende Kredite. Was das Projekt Rosengartentunnel beträfe, wisse man noch nichts. Begründet wurde dies damit, dass der Verkehrsablauf im Raum Albisriederplatz vertieft zu untersuchen sei. Im Grunde heisst dies, dass der Regierungsrat nichts weiss und trotzdem Millionen Franken sprechen will, die nachher höchstwahrscheinlich umsonst investiert wurden. Der Rosengartentunnel und das Tram haben innerhalb von zwei Jahren eine Kostenexplosion erfahren. Die Planung am Albisriederplatz heisst im Prinzip nichts anderes, als dass niemand mehr an das Projekt glaubt. Am Albisriederplatz hat man einen Kreisel installiert, für den städtischen Verkehr sind Kreisel aber nicht optimal geeignet. Frühere Velospuren hat man aufgehoben. Das Trottoir des Restaurants Hardhof wurde nochmal einen halben Meter gekürzt. Das Restaurantteam muss eine Boulevardgastronomie auf einem drei Meter schmalen Trottoir bewerkstelligen, auf dem gleichzeitig täglich Tausende Menschen durchlaufen. Wir fragten nach, ob eine andere Tramlinienführung in Frage käme. Doch anscheinend sei dies nicht möglich. Anscheinend müsse eine zweite Tramlinie an der Badenerstrasse Richtung Altstetten realisiert werden. Das entspricht nicht unserer Wahrnehmung. An der Badenerstrasse entwickelt sich gar nichts. Dort, wo etwas passiert, nämlich an der Hohlstrasse, gibt es kein Tram. Hier sollte man die Gebietsentwicklung noch einmal genauer anschauen.

Weitere Wortmeldungen:

**Simone Brander (SP):** Der Stadtrat teilt mit, dass die Infrastruktur, die 2015 am Albisriederplatz gebaut wurde, mit dem zukünftigen Projekt Rosengartentunnel und den zwei neuen Tramlinien nicht kompatibel ist. Dies bedeutet, zahlreiche Investitionen, die man jetzt getätigt hat, waren umsonst. Allein die Schienen haben eine beschränkte Lebensdauer von 15 bis 20 Jahren. Auch die ganzen restlichen Gleisanlagen, Perrons, Dächer, Wartehallen, den Kiosk und die ganze Platzgestaltung inklusive Bäume, hat man in den Sand gesetzt. Nicht unerhebliche Investitionen im Unterbau, wie Foundationen, Betonplatten und Entwässerung, würden wesentlich länger halten und verloren gehen, wenn das Projekt nicht aufwertkompatibel ist. Das ist sehr kurzsichtig. Für das jetzige Projekt wünschen wir uns noch immer durchgängig behindertengerechte Haltestellen. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, warum man diese nicht realisieren konnte. Wir möchten eine komfortable und kundenfreundliche Situation bei der zukünftigen Haltestellenanordnung. Dort ergeben sich neue Umsteigewege. Die Bitte an den Stadtrat ist, dies nochmal zu prüfen. Vor allem, um beim neuen Projekt die Dinge besser zu machen, als bei dem Projekt, das wir jetzt haben.

**Mauro Tuena (SVP):** Es wurde sicher genau geprüft, dass es technisch nicht möglich ist, dort einen Veloweg zu markieren. Das bedeutet aber nicht, dass man in einer Nacht-

*und Nebelaktion selber mit gelber Farbe den neuen Belag bepinseln und einfach einen neuen Veloweg malen kann. Dies geschah nur einige Tage, nachdem der Platz neu gebaut wurde. Die Entfernungskosten muss der Steuerzahler übernehmen. Die Kapazitäten lassen dort keinen Leistungsabbau des MIV zu. In Zukunft soll der MIV laut Stadtrat eine ähnliche vergleichbare Verkehrsmenge durchlassen. Das Wort «ähnlich» ist sehr interpretationsbedürftig. Der Stadtrat hätte sagen müssen, eine identische, mindestens deckungsgleiche Verkehrsmenge. Ich appelliere an den Stadtrat, nochmals zu prüfen, dass vor allem in Zusammenhang mit einem Tram die Situation so organisiert wird, dass es dort keine Verkehrsbeschränkungen gibt und der MIV dort problemlos durchgeführt werden kann.*

**Mario Mariani (CVP):** *Wir diskutieren etwas, das eigentlich schon obsolet ist. Das Rosengartentram ist ab 2030 geplant. Man diskutiert also darüber, was man hätte anders machen können, im Hinblick darauf, was man noch gar nicht kennt.*

**Derek Richter (SVP):** *Der Albisriederplatz ist für die Fussgänger und die VBZ gut, akzeptabel für die Velofahrer und eine Zumutung für den Schwerverkehr. Es ist leider Fakt, dass wir heute noch nicht wissen, was mit dem Rosengartentram passiert. Darüber muss der Soverän noch abstimmen. Ein Tram in der Hohlstrasse würde den MIV noch weiter behindern und schikanieren. Heutzutage von einer Lebensdauer von 15 Jahren bei Tramschienen zu reden, ist optimistisch. Solange wir dermassen schlechtes Rollmaterial, wie die Cobras haben, werden die Tramschienen keine zehn Jahre alt. Die Planung wird uns relativ schnell wieder einholen.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

**1267. 2015/108**

**Postulat von Petek Altinay (SP) und Nicolas Esseiva (SP) vom 15.04.2015:  
Einrichtung von Standorten für die Weitergabe von nicht mehr benutzten Haus-  
haltsgegenständen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Nicolas Esseiva (SP)** *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 884/2015): Wir leben in einer Wegwerfgesellschaft. Konsumgüter wie Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte und Möbel sind billig und wir haben genug Geld. Deshalb wechseln wir die Güter häufig, auch wenn sie noch funktionieren. So werden jedes Jahr grosse Mengen an Wertstoffen vernichtet. Jetzt schon deponieren Anwohner ihre häufig noch brauchbaren Gebrauchsgegenstände mit einem Gratis-Schild am Strassenrand, damit diese von anderen Leuten mitgenommen werden können. Diese Praxis ist aber leider nicht legal. Wir möchten, dass noch brauchbare Haushaltsgegenstände an definierten Standorten in der Stadt, beispielsweise bei Cargo- oder E-Tramhaltestellen, abgelegt werden können, damit andere Personen diese bei Bedarf mitnehmen. Man könnte auch sogenannte Hol- und Bring-Tage einrichten, auch an vordefinierten Standorten. Wir möchten natürlich nicht, dass in der ganzen Stadt Sachen deponiert werden und am Schluss Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), die Sachen kostenintensiv entsorgen muss.*

**Kurt Hüssy (SVP)** *begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. Mai 2015 gestellten Ablehnungsantrag: In verschiedenen Gemeinden gibt es sogenannte Stöberecken. Diese sind gebührenpflichtig. Für Zürich ist dieses System aber nicht notwendig. Möbellieferanten nehmen die alten Möbel bei der Lieferung kostenlos mit und je nach Zustand, werden diese weitergegeben oder entsorgt. Das gleiche*

*gilt für Haushaltsgeräte, die man auch retour geben kann oder die vom Lieferanten mitgenommen werden. Brauchbare Gegenstände holt auch jedes Brockenhaus gratis ab, stellt sie aus und verkauft sie weiter. Es gibt des Weiteren in jedem Quartier einen Flohmarkt. Diese Institutionen schaffen nicht nur Stellen, sondern die Erlöse kommen notdürftigen Menschen zugute. Zum Brockenhaus wird keine Konkurrenz mehr benötigt. Auch im Internet kann man auf entsprechenden Plattformen Sachen verkaufen. Das unüberlegte Postulat kostet nur.*

Weitere Wortmeldungen:

**Marcel Müller (FDP):** *Ich sage dazu nur: [www.tutti.ch](http://www.tutti.ch).*

**Andreas Edelmann (SP):** *In unserem Quartier hat es sich so abgespielt, dass man Gegenstände, die man nicht mehr benötigt, an bestimmten Stellen im Quartier deponiert. Dieses niederschwelligste Angebot wird rege genutzt. Für fast alle anderen Angebote wird ein Auto benötigt. Es gibt das Entsorgungstram, einmal im Monat für Elektro und einmal im Monat für normalen Hausrat. Auch das funktioniert und man kann sogar Sachen wieder mit nach Hause nehmen. Die Nachfrage nach diesem Kreislauf ist da. Es kommen Flüchtlinge in die Schweiz, die über gar kein Hab und Gut verfügen. Solche Leute sind sehr froh, wenn sie auf einfache Art einen ersten Grundstock bekommen.*

**Guido Hüni (GLP):** *Auf den ersten Blick ist die Idee sicher interessant. Doch es gibt bereits genügend Angebote. Zudem birgt die Formulierung von nicht mehr benutzten Haushaltsgegenständen die Gefahr, dass am Schluss doch nur Abfall entsorgt wird. Damit dies verhindert wird, benötigt man jemanden, der dies beaufsichtigt. Was wiederum mit einem finanziellen Aufwand verbunden wäre. Deshalb werden wir dem nicht zustimmen.*

**Simon Kälin (Grüne):** *Wir unterstützen die Idee. Die Form der Weiterverwertung wird in einzelnen Quartieren sehr unterschiedlich gehandhabt. Mit einer Ausweitung solcher Standorte, könnte man den Grundgedanken des Recyclings ein wenig breiter verankern. So, dass die Wege kürzer werden und man nicht wahnsinnig weit laufen muss. Wir unterstützen das Postulat.*

**Markus Hungerbühler (CVP):** *Der Vorstoss ist zu offen formuliert. Nicht mehr benutzte Haushaltsgeräte müssen nicht zwingend noch funktionstüchtig sein. Wir wollen nicht, dass hier wieder ein Verwaltungsapparat aufgebaut wird. Der Vorstoss ist zwar gut gemeint, aber würde zu mehr Aufwand führen.*

Das Postulat wird mit 49 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1268. 2015/109**

**Postulat von Petek Altinay (SP) und Nicolas Esseiva (SP) vom 15.04.2015:  
Öffnung der Recyclinghöfe Hagenholz und Werdhölzli für die Mitnahme von abgegebenen Haushaltsgegenständen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Nicolas Esseiva (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 885/2015): In den Recyclinghöfen Hagenholz und Werdhölzli werden tonnenweise noch funktionstüchtige Elektrogegenstände entsorgt. Mitnehmen darf man diese bis anhin nicht. Aus unserer Sicht ist es schade, dass man die Sachen verbrennt. Die Herstellung, der Transport, die Lagerung und der Verkauf von Elektrogeräten sind sehr energieintensiv. Häufig braucht die Herstellung mehr Energie, als das Gerät danach im Betrieb. Im Sinne der Energieeffizienz wäre es gut, diese möglichst lange zu nutzen. Mit unserem Postulat möchten wir bewirken, dass bei den Kehrichtverbrennungsanlagen brauchbare Gegenstände abgegeben werden können. Diese sollen dann in einem Raum aufgestellt werden, der von Mitarbeitern aus dem zweiten Arbeitsmarkt oder karitativen Organisationen bewirtschaftet werden kann. Sie würden die Objekte testen und dann kostendeckend verkaufen. Ein ähnliches System existiert schon in Deutschland. Der Andrang auf diese Sachen ist riesengross. Stadtbewohner mit kleinem Budget kämen so in den Genuss von günstigen Haushaltsgegenständen und die Stadt würde ihre Ressourcen schonen.

**Marc Bourgeois (FDP)** begründet den von Marcel Müller (FDP) namens der FDP-Fraktion am 20. Mai 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Auf lokaler, kleinräumiger Ebene gibt es schon Lösungen für die Wiederverwertung privater Haushaltsgeräte. Das Postulat fordert nichts anderes als eine Brockenstube auf staatlicher Basis. Es gibt Entsorgungsfirmen, die gratis den Estrich entrümpeln, wenn sie die Sachen verwerten dürfen. Es gibt Flohmarktfahrer und diverse andere Angebote. Wir halten es nicht für nötig, dass der Staat private Initiativen aushebelt, dort, wo es noch welche gibt. Der Staat bietet Anreize, indem er die Entsorgung verteuert hat. Es ist also attraktiv, die Sachen wiederzuverwerten. Der Platz im Recyclinghof Hagenholz ist ausgeschöpft, man würde eine riesige Fläche benötigen, auch für die Sortierung. Es braucht Raum und Stellen. Für diese Arbeit muss man schwer heben können und gesund sein. In den Recyclinghöfen wird alles wiederverwertet. Das einzige, was nicht wiederverwertet wird, ist alles Brennbares.

Weitere Wortmeldung:

**Kurt Hüssy (SVP):** Es braucht keine weitere staatliche Anlaufstelle. Man kann die Gegenstände nicht einfach dort deponieren. Jemand muss dafür garantieren, dass nicht einfach unbrauchbarer Abfall abgelegt wird. Es ist eine unnötige Konkurrenz für alle bestehenden Märkte und Angebote, die sich an die Vorgaben halten.

Das Postulat wird mit 63 gegen 52 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1269. 2015/160

##### **Postulat von Roger-Paul Speck (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 27.05.2015: Realisierung der regional klassierten Veloroute zwischen dem Schwamendingerplatz und der Kreuzung Roswiesenstrasse / Dübendorfstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Roger-Paul Speck (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 971/2015): Wir möchten, dass die regional klassierte Veloroute realisiert wird. Für die Schwamendinger ist der Bahnhof Stettbach ein wichtiger, zentraler Einstiegsort. Viele fahren mit dem Velo dorthin. An diesem Bahnhof soll 2017 ein Kongresszentrum entstehen. Deshalb wird dort auch eine gute und sichere Veloverbindung benötigt. Bis jetzt gibt es kei-

nen Veloweg auf der Dübendorfstrasse. Die Velofahrer müssen über den stark frequentierten Schwamendingerplatz starten. Wir möchten einen sicheren Veloweg zum Bahnhof Stettbach. Eine direkte Verbindung auf der Dübendorfstrasse ist die beste Lösung.

**Mauro Tuena (SVP)** begründet den namens der SVP-Fraktion am 10. Juni 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Wenn es um das Thema Velo geht, macht man alles in der Stadt. Es hört sich so an, als ob man ohne diesen Veloweg mit dem Velo nicht von A nach B kommt. Es geht darum, dass man einmal mehr etwas mehr will und natürlich wieder zu Lasten des MIV. Wenn man eine Veloroute installiert, verschwinden immer Parkplätze und Spuren des MIV. Das Velo leistet einen unwesentlichen Beitrag zu einer gut funktionierenden Volkswirtschaft und der MIV leistet dazu am meisten. Deshalb sollte man dies auch entsprechend gewichten. Das Postulat ist unnötig.

Weitere Wortmeldungen:

**Matthias Probst (Grüne)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir haben uns ein wenig gewundert, warum der Veloweg schon bei der Rosswiesenstrasse aufhören soll. Die Linie, die im regionalen Verkehrsplan eingezeichnet ist, führt bis zum Bahnhof Stettbach. Es macht deshalb keinen Sinn, weniger zu fordern, als schon im Richtplan vorgesehen ist. Deshalb möchten wir vorschlagen, die Route bis zur Altwiesenstrasse laufen zu lassen. Damit wäre die Route vom Schwamendingerplatz bis zum Bahnhof Stettbach komplett.

**Mario Mariani (CVP):** Die Notwendigkeit der Veloroute ist unbestritten. Aus dem Richtplan geht hervor, dass die Finanzierung schon geklärt ist, denn es muss der Kanton zahlen. Wir würden uns bei der Abstimmung enthalten.

**Roger Tognella (FDP)** beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: An der Dübendorfstrasse wurde für die Sicherheit der Fussgänger sehr viel getan. Dadurch hat man einen schwachen Strassenquerschnitt geschaffen, der einen Engpass mit dem Tram und mit diesem Querschnitt generiert. Dort wird man deshalb nicht noch die besagte Veloroute anlegen können. Aus diesem Grund soll dies an der Altwiesenstrasse realisiert werden. Das geht jedoch technisch nicht auf. Die zwei Velowege gibt es bereits. Einmal an der Glatt entlang und dann die regionale Route entlang der Stettbachstrasse, die man stärken könnte.

**Sven Sobernheim (GLP)** ist mit der Textänderung einverstanden: Es gibt verschiedene Velorouten. Diejenigen, die alltagstauglich sind und Komfortrouuten, die schön sind, aber nicht praktisch. Deshalb bitte ich um Unterstützung des Postulats.

Der Rat stimmt dem Antrag von Roger Tognella (FDP) mit 84 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie zwischen Schwamendingerplatz bis zur Kreuzung ~~Altwiesenstrasse~~ Rosswiesenstrasse / Dübendorfstrasse die regional klassierte Veloroute realisiert werden kann.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	JA

087	Akyol	Ezgi	AL	JA
042	Altinay	Petek	SP	--
084	Angst	Walter	AL	JA
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
002	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	--
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
051	Bieri	Cordula	Grüne	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN
119	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
068	Bührig	Marcel	Grüne	JA
131	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
096	Dubno	Samuel	GLP	--
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
046	Esseiva	Nicolas	SP	JA
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
016	Frei	Dorothea	SP	JA
043	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	--
034	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	JA
035	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	ENTHALTEN
160	Hüni	Guido	GLP	--
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
038	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	--
086	Kirstein	Andreas	AL	JA

025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
044	Kraft	Michael	SP	JA
003	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	--
201	Manser	Joe A.	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	ENTHALTEN
048	Marti	Min Li	SP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	--
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
171	Müller	Marcel	FDP	NEIN
112	Müller	Rolf	SVP	NEIN
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
030	Näf	Ursula	SP	JA
032	Nüssli	Andrea	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	--
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
154	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
145	Rudolf	Reto	CVP	ENTHALTEN
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	--
083	Schäfli	Corinne	AL	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
173	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	--
165	Schlieper	Marc	FDP	NEIN
152	Schmid	Michael	FDP	--
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN



041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
018	Speck	Roger Paul	SP	JA
170	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
045	Steiner	Jonas	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	ENTHALTEN
105	Trevisan	Guido	GLP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
138	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	--
047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	--
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	ENTHALTEN
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
001	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

Das geänderte Postulat wird mit 67 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1270. 2015/162

**Postulat von Eduard Guggenheim (AL), Marc Bourgeois (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 27.05.2015:**

**Bahnhof Stadelhofen, Realisierung einer Parkieranlage für Velos auf der Gleisüberdeckung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Eduard Guggenheim (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 973/2015): Die Situation der abgestellten Velos vor dem Bahnhof Stadelhofen ist bekanntermassen und zunehmend unerträglich. Wer sein Velo ordentlich abschliessen will und auch anhängen möchte, findet in der Regel keinen Platz in der bestehenden Abstellanlage. Die Velos werden deshalb irgendwo abgestellt. Damit wird nicht nur ein Teil der Parkanlage verstellt, sondern auch die Fusswege und die markierten Wege für Sehbehinderte. Womöglich stehen die Velos noch im Schwenkbereich der Trams und der Forchbahn, so, dass die Tramchauffeure manchmal sogar aussteigen müssen und die Velos beiseite stellen, damit sie überhaupt durchfahren können. Die Realisierung der Velostation anstelle des Hauses zum Falken kann in den nächsten Jahren aus verschiedenen Gründen sicher nicht realisiert werden. Deshalb sollten so rasch wie möglich die zur Verfügung stehenden Flächen direkt neben dem Bahnhof Stadelhofen und

diejenigen auf der Überdeckung der Gleise 2 und 3 mit einer einfachen Anlage zum geordneten und sicheren Abstellen der Velos ausgerüstet werden. Die Anlage über den Gleisen ist nicht überdacht, was aber sicher unwesentlich ist, da fast jeder Velofahrer einen Sattelschutz besitzt. Die Zufahrt vom oberen Ende zur Überdeckung besteht heute schon, aber sie ist schlecht befahrbar und schlecht zugänglich. Auf der Seite Altstadt muss für die Zufahrt über die Schanzengasse ein kurzes und steiles Strassenstück überwunden werden, was aber für die Velofahrer kein Problem darstellen sollte. Die Verkehrsströme am Bahnhof Stadelhofen behindern sich gegenseitig, weshalb im Zuge der Veloanlagen-Installierung auch eine Überprüfung zur Verbesserung der Verkehrsströme angezeigt wäre.

**Mauro Tuena (SVP)** begründet den namens der SVP-Fraktion am 10. Juni 2015 gestellten Textänderungsantrag: *Tatsächlich gibt es dort ein Problem. Kürzlich hatten wir aber erst eine Weisung dazu und im Rahmen dieser Weisung, haben wir über die Velostation an der Kreuzbühlstrasse beraten und diese angenommen. Es stellt sich die Frage, ob es nötig ist, nun oberhalb des Bahnhofs noch etwas zu machen. Wir würden deshalb gerne eine Ergänzung zum Postulatstext beantragen, dass im Gegenzug auf die Erstellung der geplanten Velostation Kreuzbühlstrasse zu verzichten ist. Die Umsetzung der Velostation wäre sehr teuer und würde bei der jetzigen Finanzlage nicht ins Konzept passen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Marianne Aubert (SP):** *Wir unterstützen das Vorhaben. Wir denken aber, dass mehr Veloabstellplätze benötigt werden, damit es nicht weiterhin Chaos gibt. Deshalb lehnen wir den Textänderungsvorschlag der SVP ab. Dass der Platz oberhalb des Bahnhofs für eine bestimmte Anzahl Velos reserviert werden soll und alle anderen dann halt nicht mit dem Velo dorthin fahren dürfen, ist sehr kurzfristig gedacht. Wir möchten den Veloverkehr fördern, besonders im flachen Stadtgebiet.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** *Die Veloabstellanlagen haben eine besondere Bedeutung. Sie sind ein wichtiger Zubringer zu den S-Bahnen. Eine der wichtigen Anlagen befindet sich am Bahnhof Stadelhofen. Diese müssen wir planen und zuerst mit der SBB verhandeln, weil ihnen diese Plätze gehören. Damit sind aber die Bedürfnisse dort nicht gestillt, denn Stadelhofen ist ein grosser Verkehrsknotenpunkt und ich bin überzeugt, dass wir mindestens 1000 Veloabstellplätze benötigen. Es wäre also nicht sinnvoll, die Abstellanlagen zu fördern und auf die geplante Velostation zu verzichten. Damit hätten wir mittel- und langfristig zuwenig Abstellfläche. Wenn wir planen, müssen wir an die Zukunft denken.*

**Marc Bourgeois (FDP):** *In der Regel kosten Veloplätze in unmittelbarer Bahnhofsnähe sehr viel Geld. Auch die geplante Velostation wird sehr teuer. Wir könnten aber zumindest einen Teil dieser Velo-Parkplätze viel billiger und viel schneller realisieren. Man spart hier in jedem Fall Geld, wenn man die einfachen Anlagen mit 400 Plätzen installiert. Das Haus zum Falken wird nicht billig, weil zu den normalen Erstellungskosten dann noch die Kaufkosten dazukommen. Natürlich gehört die Fläche oben der SBB, aber sie stellt auch einen Zubringer zur SBB dar. Wir wollen ja keine Drittnutzung dort installieren, sondern möchten eine Nutzung umsetzen, die der SBB die Passagiere bringt.*

**Linda Bär (SP):** *Der Raum oberhalb des Bahnhofs wird heute von Jugendlichen genutzt. Wenn die Anlagen dort realisiert werden, sollte man auch an die Jugendlichen*

denken, die den Raum benötigen.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Wir haben das Postulat nicht unterschrieben, weil wir nicht grundsätzlich gegen das Vorhaben sind, sondern weil uns der Erstunterzeichner zu fragen vergessen hat. Es gibt am Stadelhofen ein grosses Veloproblem. Das Postulat bietet eine praktische, gute Lösung, sofern die SBB mitzieht. Wir halten den Textänderungsantrag nicht für zielführend.

**Eduard Guggenheim (AL)** ist mit der Textänderung nicht einverstanden: Die Textänderung würde dem Beschluss des Gemeinderats widersprechen und deshalb können wir ihr schon formal nicht zustimmen. Unser Vorschlag ist eine kostengünstige Lösung, die auch wiederverwendbar ist. Wenn es doch einmal eine andere Lösung am Stadelhofen gibt, könnte man die Anlagen nämlich abmontieren und woanders wieder aufbauen. Die Velostation wird vielleicht erst in fünf oder zehn Jahren realisiert. Bis dahin muss man eine Übergangslösung finden. Platz für die Jugendlichen sollte es nach wie vor dort geben.

**Mauro Tuena (SVP):** Mit der ersten Weisung vor einigen Monaten hätte man ja viel mehr Veloparkplätze beantragen können. Damals hiess es aber seitens Stadtrat, dass man eine spezifische Anzahl Veloparkplätze benötigt. Nun sagt man, dass vier- oder fünfmal so viele benötigt werden. Wir sagen nicht, dass es die Veloabstellplätze nicht braucht, das sehen wir auch. Doch die Velostation an der Kreuzbühlstrasse ist enorm teuer und einfache Anlagen würden das Problem auch beheben. Es gibt in der Umgebung Stadelhofen relativ viele Sitzgelegenheiten, die die Jugendlichen weiterhin nutzen können. Mit der Ablehnung unseres Textänderungsvorschlags sind wir gezwungen, das Postulat abzulehnen.

**Marc Bourgeois (FDP):** Der Vorstoss sagt weder, dass man die Velostation bauen soll, noch das Gegenteil. Er lässt alles offen. Wenn wir über die Velostation im Rat diskutieren, werden wir darüber entscheiden. Es ist ein Mittelweg, der sich nicht festlegt bezüglich der Velostation, aber günstige Veloparkplätze offeriert. Die Jugendlichen können sich auch im Park, unweit des Bahnhofs treffen.

Das Postulat wird mit 95 gegen 21 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1271. 2015/264**

**Postulat von Claudia Simon (FDP) und Onorina Bodmer (FDP) vom 19.08.2015: Sanierungsarbeiten am Central, bessere Koordination mit anderen Bauvorhaben sowie Verbesserung der Ersatzverbindungen und der Fahrplanempfehlungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Claudia Simon (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1171/2015): Wir anerkennen, dass die Bauarbeiten am Rosengarten und am Bellevue wie geplant in fünf Wochen durchgezogen wurden. Die Bevölkerung wurde darüber orientiert, dass es zu Behinderungen im Strassenverkehr kommen könnte. Doch man baute darauf, dass in den Sommerferien weniger Leute unterwegs seien. Das stimmt, was die Schülerinnen und Schüler anbelangt. Auf der Strasse war aber in der ersten und zweiten Woche noch keine Beruhigung zu spüren. Als man am Rosengarten alle Zu- und Abfahrten zur gleichen Zeit sperrte, gab es gleichzeitig am Nordring eine grosse Baustelle. Dies hatte zur

*Folge, dass in der ersten und letzten Ferienwoche von Höngg, über Wipkingen, dem Escher-Wyss-Platz bis zum Albisriederplatz alles im Stau stand, ÖV und MIV. Wir fordern den Stadtrat auf, künftig solche Grossbaustellen besser aufeinander abzustimmen. Wir möchten auch, dass die Ersatzlinien, im Hinblick auf die kommende Grossbaustelle am Central, besser abgestimmt werden. Wir hoffen, dass am Central die Kunden, die Berufstätigen und das Gewerbe besser berücksichtigt werden. Die Textänderung der SP ist gar nicht relevant für unser Postulat. Die Nachtruhe ist bei uns kein Thema und den Stadtrat schränken wir auch nicht speziell ein.*

**Dr. Pawel Silberring (SP)** begründet den von Min Li Marti (SP) namens der SP-Fraktion am 2. September 2015 gestellten Textänderungsantrag: *Das Postulat verlangt sehr allgemein eine besser Koordination, bessere Ersatzbusse und bessere Fahrpläneempfehlungen für die Baustelle am Central. An der Rosengartenstrasse wurde der Grossteil der Arbeiten so durchgeführt, dass man in der Nacht eine Spur sperrte und sie am Morgen wieder für den Verkehr freigegeben hat. Um den Zeitplan einzuhalten wurde auch in der Nacht gearbeitet. Für die Anwohnerinnen und Anwohner hiess das, dass sie viele Nächte lang sehr lautem Baulärm ausgesetzt waren. Es geht nicht, die Zumutung für die Bevölkerung völlig zu ignorieren und nur die Belastung des Strassenverkehrs zu berücksichtigen. Wenn es darum geht, durch Optimierung und Koordination, die Belastungen insgesamt zu reduzieren, nehmen wir das Postulat gerne an. Aber für eine weitere Verschiebung zu Lasten der Nachtruhe der Anwohnerinnen und Anwohner, sind wir nicht, was wir in einer entsprechenden Textänderung festhalten möchten.*

Weitere Wortmeldungen:

**Markus Knauss (Grüne):** *Man gibt sich Mühe mit der Koordination, um die Probleme zu lösen. Ein Postulat, das den Stadtrat seine eigenen Hausaufgaben überprüfen lässt, ist jedoch nicht nötig. Diese Frage kann man parteiintern lösen, weil dort die richtigen Ansprechpersonen sitzen.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Die SVP unterstützt das Postulat und zwar ohne Textänderung. Wenn man das Problem angehen will, muss man das anders machen und nicht mit einer solchen Ergänzung. Für uns ist es wichtig, dass eine Baustelle an neuralgischen Punkten möglichst schnell fertig gestellt werden soll. Falls die Textänderung angenommen wird, müssen wir das Postulat ablehnen.*

**Markus Hungerbühler (CVP):** *Wir finden den Vorstoss gut. Er beschreibt ein vorhandenes Problem. Mit der Textänderung ist es schwierig. Das Baustellenmanagement ist extrem komplex. Es ist das Problem eines Zielkonflikts, man möchte die Bauarbeiten schnell ausführen, dies soll aber mit möglichst wenig Lärm vonstatten gehen. Die Bauarbeiten im Sommer wurden sehr schnell umgesetzt, sogar noch vor der eigentlich gesetzten Frist.*

**Derek Richter (SVP):** *Die Baustellenkoordination ist ein komplexes Thema. Die Pächter einer städtischen Liegenschaft, namentlich des Pier 7 am Bellevue, sind nicht über die dortige Baustelle informiert worden, sie bekamen keine Pachtreduktion und ihnen wurde das Geschäft von zwei Seiten her verstellt. Die Einbussen sind verherrend. Deshalb bin ich dafür, das Postulat zu unterstützen.*

**Claudia Simon (FDP)** ist mit der Textänderung nicht einverstanden: *Die Textänderung war nicht Bestandteil unseres Postulats. Deshalb können wir diese nicht annehmen. Wir sind auch nicht für zusätzliche Nacharbeiten, darum geht es uns aber gar nicht.*

Das Postulat wird mit 59 gegen 58 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **1272. 2015/309**

#### **Postulat von Andreas Edelmann (SP) und Markus Kunz (Grüne) vom 16.09.2015: Zusätzliche Förderangebote für eine effiziente Nutzung von Solarstrom**

Von Andreas Edelmann (SP) und Markus Kunz (Grüne) ist am 16. September 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob im Rahmen der Verordnung Gemeinwirtschaftliche Leistungen im Rahmen der 2000-Watt-Ziele weitere Förderangebote für effiziente Nutzung von Solarstrom eingerichtet werden können. Dabei sollen insbesondere dezentrale Batterien im Zusammenhang mit Photovoltaik-Anlagen (exkl. Elektro-Mobilität) sowie Smart-Meter im Gebäudebereich gefördert werden.

Begründung:

In der Weisung 2015/127 (neue Verordnung Gemeinwirtschaftliche Leistungen im Rahmen der 2000-Watt-Ziele) werden die neuen Bedingungen für Förderprogramme im Strombereich festgelegt. Im Rahmen der Debatte wurde angeregt, dass neue und zusätzliche Förderideen vom Gemeinderat in Form von Postulaten eingereicht werden sollen.

Um den steigenden Anteil an Photovoltaik-Strom in Zukunft sinnvoll nutzen zu können, sind unter anderem Speicherlösungen für die kurzfristigen Überschüsse nötig. Dabei werden insbesondere dezentrale Batterien in Einzelobjekten oder Gebäudegruppen eine grosse Rolle spielen. Diese speichern Stromüberschüsse (Mittagsspitzen), um diese in grösseren Bedarfszeiten (Abendstunden) zu nutzen. Durch eine solche Steigerung des Eigenverbrauchs steigt die Wirtschaftlichkeit von PV-Strom.

Weiter sind Smart-Meter nötig, um unregelmässige Stromproduktion mit unregelmässigem Strombedarf in Einklang zu bringen. Auch hier sollen Einzelobjekte als auch grössere Einheiten und Gewerbebetriebe so ausgerüstet werden, dass geringere Lastspitzen entstehen und Strom dann verbraucht wird, wenn dieser vorhanden ist.

Aktuell sind solche Lösungen noch nicht marktfähig, resp. noch nicht wirtschaftlich. Trotzdem können beide Massnahmen helfen, um allfällige Ausbauten des Stromnetzes überflüssig zu machen.

Bei beiden Themen wäre also eine punktuelle Förderung nötig, um diesen neuen Technologien zu etablieren. Mit diesen Massnahmen wird Zürich im Förderbereich weiterhin innovativ und führend bleiben.

Mitteilung an den Stadtrat

### **1273. 2015/310**

#### **Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 16.09.2015: Pilotprojekt mit gebundenen Tagesschulen, Verhinderung von sozialen Härtefällen bei Kindern, die nicht am Pilotprojekt teilnehmen**

Von Dr. Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 16. September 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Schulvorsteher im Rahmen der Präsidenten/-innen-Konferenz der Kreisschulpflegen (KSP) darauf hinwirken kann, dass im Verfahren mit Kindern, die nicht am Pilotprojekt Tagesschule teilnehmen, soziale Härten möglichst vermieden werden. Dabei sind die Präsidentinnen und Präsidenten der Schulkreise speziell anzuhalten, die Eltern fair und umfassend über das uneingeschränkte Abmelderecht zu informieren und Kinder nicht unnötig aus ihren Freundeskreisen herauszureissen.

Begründung:

Gemäss kantonalem Gesetz können Kinder nicht gezwungen werden, am ‚Pilotprojekt gebundene Tagesschule 2015-2018‘ (GR Nr. 2014/259) teilzunehmen. Für Eltern gilt ein uneingeschränktes Abmelderecht. In jüngster Zeit erfährt die SVP nun von besorgten und panischen Eltern, die offensichtlich unzureichend und selektiv über das Pilotprojekt informiert worden sind. Eltern erhalten das Gefühl, dass sie gezwungen sind, ihre Kinder über Mittag in der gebundenen Schule zu lassen. Das Gebot der Fairness wird von den Kreis-schulpräsidien übertreten, wenn Eltern nicht eindeutig über die Freiwilligkeit des Tagesschul-Projekts infor-miert werden.

Im Flyer ‚Tagesschule 2015 – Pilotprojekt der Stadt Zürich‘ des Schulamts heisst es sodann: „Für Kinder, deren Eltern eine Teilnahme an den gebundenen Mittagen nicht wünschen, sucht die zuständige Kreis-schulpflege eine Lösung.“ Nun zeigt sich, dass die KSP diesen Freipass dazu benutzen kann, Eltern, die auch künftig mit ihren Kindern die Mittagszeit verbringen wollen, abzustrafen. Konkret geht es um einen Fall im Schulhaus Leutschenbach. Eine Mutter, die gleich neben dem Schulhaus in der Genossenschaft ‚Mehr als Wohnen‘ lebt, erkundigte sich bei der Schulleitung nach den Konsequenzen einer Abmeldung ihres Kindes vom Pilotprojekt Tagesschule. Die schroffe Antwort lautete, so werde ihr Kind dann halt ins entfern-tere Schulhaus Saaten umgeteilt.

Warum das Kind zwingend aus seinem Freundeskreis herausgerissen werden soll, wurde nicht begründet. Die Option, dass das Kind mit seinen ‚Gspändli‘ im Schulhaus Leutschenbach zur Schule geht und sein Mittagessen zuhause einnimmt, wurde offenbar nicht mal erwogen. Das riecht übel nach Ideologie. Es scheint, die KSP wolle keine Kinder in der ‚gebundenen Staatsschule‘, welche daran erinnern, dass es noch intakte Familien gibt, die das Mittagessen gemeinsam einnehmen. Lieber reisst die KSP solche Kinder aus ihrem Freundeskreis heraus und teilt sie flugs und willkürlich anderen Schulhäusern zu.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**1274. 2015/311**

**Schriftliche Anfrage von Ursula Näf (SP) und Andreas Edelmann (SP) vom 16.09.2015:**

**Kriterien für eine vermehrte Nutzung der Solarenergie auf den Überdachungen der Tramstationen, Plätze und Infrastrukturbauten der Stadt**

Von Ursula Näf (SP) und Andreas Edelmann (SP) ist am 16. September 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

2008 hat die Stimmbevölkerung der Stadt Zürich gutgeheissen, dass die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in die Zürcher Gemeindeordnung aufgenommen wurden. Zur Gewinnung erneuerbarer Energien spielt die Solarenergie eine wichtige Rolle, denn sie hat in der Stadt Zürich noch ein grosses Entwicklungspotenzial. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob grössere Überdachungen an Tramstationen, Plätzen und Infrastrukturbauten, mit Solarzellen belegt werden können. Diese Dächer haben an grösseren Verkehrskno-tenpunkten (z.B. Bellevue, Central, Limmatplatz, Paradeplatz, Milchbuck, etc.) eine relativ grosse Fläche, die bisher ungenutzt blieb. Sie sind meist stark exponiert und gut besonnt.

Zudem kann die Stadt Zürich ihre Vorreiterrolle sichtbar machen, wenn an stark frequentierten Plätzen und Verkehrsknotenpunkten die erneuerbare Energiegewinnung einen prominenten Platz innerhalb des öffentli-chen Raumes bekommt. So kann die Stadt einen weiteren Beitrag leisten, um die Akzeptanz und die Sensi-bilisierung für die Energiewende zu stärken.

Dazu bitten wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Stadtrat die Option bereits geprüft, Überdachungen bei Tramstationen zur Gewinnung von So-larenergie zu nutzen? Wenn ja, welche Resultate hat die Prüfung ergeben?
2. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?
3. Wie gross muss die Fläche sein, damit der Einsatz von Solarzellen auf Überdachungen von Tram-haltestellen sinnvoll ist?
4. Beurteilt der Stadtrat Überdachung an den Tramstationen Bellevue, Central, Limmatplatz, Albisrieder-platz, Paradeplatz, Milchbuck und weiteren Verkehrsknotenpunkten bezüglich Fläche und Sonnenein-strahlung für die Installation von Solarzellen für geeignet?

5. Gibt es aus Sicht des Stadtrates weitere Tramstationen, Plätze und Infrastrukturbauten sowie weitere Flächen (z.B. entlang von Brückengeländern) welche für Solarnutzung an prominenter Lage geeignet wären? Wenn nein, wie gelangt der Stadtrat zu dieser Einschätzung?
6. Mit dieser Massnahme könnte die Stadt Zürich ihre Vorreiterrolle im Bereich erneuerbare Energien im öffentlichen Raum sichtbar machen (z.B. mit Display zur aktuellen Stromproduktion und mit Infotafeln). Stimmt der Stadtrat zu, dass so die Akzeptanz und das Bewusstsein unter der Bevölkerung für den Umstieg auf erneuerbare Energien gestärkt werden könnte?
7. Ist der Stadtrat bereit unter diesem Gesichtspunkt von Frage 6 auch Standorte für die Installation von Solarzellen in Betracht zu ziehen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen nur mässig rentabel wären?

Mitteilung an den Stadtrat

**1275. 2015/312**

**Schriftliche Anfrage von Helen Glaser (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 16.09.2015:**

**Teilschliessung des Veloverleihsystems «Züri rollt», Folgen für die betroffenen Personen sowie Möglichkeiten für mehrere Verleihsysteme mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen**

Von Helen Glaser (SP) und 3 Mitunterzeichnenden ist am 16. September 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit über 20 Jahren gibt es in Zürich den Gratis-Veloverleih «Züri rollt». Dabei handelt es sich um ein Sozialprojekt der Asylorganisation Zürich (AOZ), das Asylsuchenden und aufgenommenen Flüchtlingen eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit bietet: Bei den Verleihstationen kommen diese Menschen mit der Bevölkerung in Kontakt und in der eigenen Velowerkstatt werden die Velos von qualifizierten Fachleuten gewartet. 2014 waren rund 100 Personen bei diesem Projekt beschäftigt.

2007 verlangten die SP und die Grünen in einer Motion (2007/510), dass in Zürich ein automatischer Veloverleih eingeführt werden soll. Nach einem erfolgreichen Testbetrieb 2014 schrieb die Stadt 2014 den Auftrag öffentlich aus. Der Zuschlag für das Projekt «Züri Velo» ging schliesslich an Publibike, ein Tochterunternehmen der Postauto Schweiz. Die AOZ ging leer aus. Gegen den Entscheid läuft zurzeit ein Einspracheverfahren eines anderen unterlegenen Konkurrenten.

Die Zukunft der Veloverleihstationen von «Züri rollt» und damit eines Teils 100 Arbeitsplätze ist somit ungewiss. Es stellt sich die Frage, ob es in Zürich künftig zwei Veloverleihsysteme braucht und verträgt bzw. ob es möglich ist, in Zürich zwei Veloverleihsysteme zu haben, wenn es sich um ganz unterschiedliche Geschäftsmodelle handelt. Eine weitere Frage ist, ob die Menschen, die ihre Beschäftigung verlieren würden, auf andere Weise im Projekt oder in anderen Projekten beschäftigt werden könnten.

In unserer Brust schlagen in diesem Zusammenhang zwei Herzen, das ökologische, das ein flächendeckendes Veloverleihsystem will, und das soziale, das Asylsuchenden und aufgenommenen Flüchtlingen weiterhin eine integrierende und befriedigende Beschäftigung bieten möchte.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Steht heute bereits fest, was mit denjenigen Teilen von «Züri rollt» geschieht, die nicht weitergeführt werden, wenn das «Züri Velo» (oder ein anderes System) dannzumal eingeführt wird? Ist zumindest absehbar, in welche Richtung der Entscheid gehen wird?
2. Wie viele Stellen (Menschen) wären von der Teilschliessung von «Züri rollt» betroffen? Wie vielen Stellenprozenten entspricht diese Zahl?
3. Welche Teilbereiche von «Züri rollt» wären von der Veränderung betroffen?
4. Welchen Anteil am Gesamtumsatz von «Züri rollt» würde die Reduktion ausmachen?
5. Ist in der Vereinbarung mit dem zukünftigen Veloverleihbetreibenden explizit festgehalten, dass ein paralleles Projekt wie «Züri rollt» ausgeschlossen ist?
6. Sieht der Stadtrat eine Möglichkeit, zwei verschiedene Veloverleihsysteme gleichzeitig zu betreiben: ein kostenloses wie das heutige «Züri rollt» und ein kostenpflichtiges wie das neue «Züri Velo»? Wir bitten dabei nicht nur um die Bewertung der wirtschaftlichen, sondern auch der sozialpolitischen Aspekte.
7. Könnte der Stadtrat sich vorstellen, für «Züri rollt» andere Örtlichkeiten als für «Züri Velo» zur Verfügung zu stellen? Wäre es z. B. denkbar, nach der Einführung von «Züri Velo», «Züri rollt» in den geplanten Veloabstellanlagen im Hauptbahnhof sowie an den Bahnhöfen Altstetten und Enge weiterzubetreiben? Allenfalls auch ausserhalb des Hauptbahnhofs mit der zusätzlichen Dienstleistung «kleine Veloreparaturen»?

8. Ist die Stadt mit der AOZ in Zusammenhang mit den möglicherweise gefährdeten Stellen im Gespräch, um zu vermeiden, dass diese Leute dannzumal von einem Tag auf den anderen ohne Beschäftigung dastehen?
9. Hat der Stadtrat Vorstellungen, was mit den aktuellen Arbeitsintegrationsplätzen aus «Züri rollt» geschehen soll, wenn das neue Veloverleihsystem «Züri Velo» eingeführt wird? Sieht der Stadtrat z. B. im Rahmen von anderen sozialen städtischen Projekten und in Zusammenarbeit mit der AOZ Möglichkeiten, den betroffenen Menschen andere, ebenfalls sinnvolle, integrierende Beschäftigungen anzubieten? Wenn ja, in welchen Bereichen?
10. Wie viele der betroffenen Personen könnten (andersweitig) weiterbeschäftigt werden?

Mitteilung an den Stadtrat

**1276. 2015/313**

**Schriftliche Anfrage von Martin Bürlimann (SVP) und Kurt Hüssy (SVP) vom 16.09.2015:**

**Notwasserversorgung der Stadt, Verfügbarkeit der Notbrunnen und der benötigten Wassermenge in Krisensituationen**

Von Martin Bürlimann (SVP) und Kurt Hüssy (SVP) ist am 16. September 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In Zürich gibt es gut 1'200 Brunnen mit Trinkwasser in sehr guter Qualität. 70 Prozent des Wassers stammen aus dem Zürichsee, 15 Prozent sind Quellwasser und der Rest ist Grundwasser. Dem separaten Zürcher Quellwassernetz sind rund 400 Brunnen angeschlossen. Von diesen 400 Brunnen sind 80 Notwasserbrunnen.

Dieses separate Leitungsnetz dient zur Notwasserversorgung und erhält sein Wasser zu wesentlichen Teilen aus den 160 Stadtquellen.

Zudem wird Wasser von 120 Quellen aus dem Sihl- und Lorzetal vom Quellwasserwerk Sihlbrugg aus über Druckbrecherschächte nach Zürich-Wollishofen geführt. Das Fassungsgebiet liegt etwa 20 km entfernt im Sihl- und Lorzetal. Ein Teil des Zuger Quellwassers wird dem Seewasser im Moos beigemischt. Der Rest fliesst in die Brunnen. Spitäler und Zivilschutzbauten sind ebenfalls an das Quellwassernetz angeschlossen.

Das Leitungswasser der anderen Brunnen und der Wasserversorgung stammt zu grossen Teilen aus aufbereitetem Seewasser.

Die Notwasserbrunnen stammen aus dem Jahr 1973 und gingen aus einem Wettbewerb hervor. Es gibt zwei Ausführungen, eine einfache und eine mit Hundetrog und Abstellfläche. Sollte es zu einem Unterbruch der normalen Wasserzuleitungen kommen, sind die charakteristischen Notbrunnen aus Bronzeguss für die Versorgung der Bevölkerung speziell ausgerüstet. Sie verfügen über eine Wasserabgabeinstallation ähnlich einem Hydranten. Das Wasser fliesst dank dem Höhenunterschied von den Quellfassungen zu den Notwasserbrunnen und ist somit unabhängig von der Stromversorgung.

Die Angaben stammen von der Internetseite der Wasserversorgung Zürich.

Das akuteste Problem in einer unerwarteten Krise ist das Trinkwasser. Es braucht pro Kopf und Tag 10 Liter sauberes Wasser, 3 zum Trinken und Kochen und 7 zur Körperpflege. Die Stadt Zürich ist vorbildlich ausgerüstet. Dennoch stellen sich Fragen, ob die Brunnen aus dem Jahr 1973 einer massiven, unerwarteten Krise (Stromausfall, Internet-Totalausfall, Ebola-Ausbruch o.ä.) gewachsen wären.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Die 80 Notbrunnen laufen in eigenen Leitungen durch Wasserdruck. Fallen bei einem flächendeckenden und lange anhaltenden Stromausfall alle andern Brunnen aus?
2. Wie lange würden die Notbrunnen laufen bei anhaltendem totalem Stromausfall?
3. Wieviel Wasser ergibt die Zapfstelle an der Innenseite des Brunnens? Wieviele Menschen könnten pro Brunnen täglich einen Eimer Wasser für private Zwecke fassen?
4. Wassermenge: Reicht die zur Verfügung stehende Wassermenge aus den städtischen Quellen aus, um die Trinkwasserversorgung sicher zu stellen (für 400'000 Menschen 10 Liter pro Tag und Person)?
5. Das Quellwasser der Notbrunnen stammt teilweise aus anderen Gemeinden und dem Kanton Zug. Wäre gewährleistet, dass dieses Wasser in einer lang anhaltenden Krise weiter nach Zürich fliesst oder brauchen diese Gemeinden das Trinkwasser dann selber?
6. Die Notbrunnen stammen von 1973. Entsprechen die Notbrunnen der Bevölkerungsentwicklung?



7. Wo stehen die Notbrunnen? Gibt es in den neueren Quartieren in Zürich-West und in Zürich Nord auch Notbrunnen?
8. Ist der Bau von weiteren Notbrunnen in der gleichen Bauart in den rasch wachsenden Quartieren (Zürich-West, Oerlikon) vorgesehen? Oder werden dort andere Formen von Notwasser-Versorgung realisiert?
9. Existiert ein eigenes Notfallkonzept für die Notbrunnen? Oder ist die Trinkwasserversorgung in übergeordneten Notfallszenarien eingebettet? Wer übernimmt die Trinkwasserverteilung an den Notbrunnen? Der Zivilschutz oder die Polizei? Wie würde das Wasser rationiert; wer kontrolliert wie und ob eine Person mehrmals täglich Wasser bezieht?

Mitteilung an den Stadtrat

**1277. 2015/314**

**Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 16.09.2015:**

**Bau des Polizei- und Justizzentrums auf dem Güterbahnhof-Areal, Gestaltung der öffentlichen Räume und der Dächer des Zentrums sowie Massnahmen für eine ökologische und hochwertige Frei- und Grünraumplanung**

Von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) ist am 16. September 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Güterbahnhof-Areal soll nach dem Abriss des bauhistorisch wertvollen Güterbahnhofs mit einem riesigen Polizei- und Justizzentrum überbaut werden. Der Baubeginn ist nach neuester Planung auf das 4. Quartal 2016 angesetzt. Schon im Januar 2014 wurde der Güterbahnhof abgerissen, in der Zwischenzeit ist lediglich eine Baugrube erstellt und mit Spundwänden gesichert worden. Am jetzigen Zustand wird sich bis zum Baubeginn nichts mehr ändern.

Das Güterbahnhof-Areal liegt am Rande eines dicht bebauten Gebietes. Um die Folgen des Klimawandels für die Stadtbevölkerung zu begrenzen, muss die Stadt alles unternehmen, damit auch in solch grossen Arealen eine Gestaltung erfolgt, die eine Versiegelung und Unterbauung minimiert und einen möglichst grossen Anteil an ökologisch wertvollen und qualitativ hochwertigen Grün- und Freiräumen und Dächern aufweist.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass der Güterbahnhof schon drei Jahre vor dem effektiven Baubeginn abgerissen wurde?
2. Wie sieht die Gestaltung der öffentlichen Räume rund um das neue Polizei- und Justizzentrum aus?
3. Sind Massnahmen vorgesehen, um eine möglichst geringe Versiegelung zu erreichen?
4. Welche Massnahmen werden ergriffen, um Bäumen einen möglichst grossen Wurzelraum zu ermöglichen?
5. Wie sieht die Gestaltung der Dächer des Polizei und Justizzentrums aus?
6. Wie macht der Stadtrat seinen Einfluss geltend, um eine ökologisch wertvolle und qualitativ hochwertige Frei- und Grünraumplanung sowie Dachgestaltung in einem städtischen Verdichtungsgebiet sicher zu stellen.
7. Was unternimmt der Stadtrat, um auf dem leer stehenden Areal, das bestens mit dem öffentlichen Verkehr angeschlossen ist, bis zum Baubeginn quaterverträgliche Zwischennutzungen (kein Lärm, kein zusätzlicher Autoverkehr) zu ermöglichen?

Mitteilung an den Stadtrat

1278. 2015/315

**Schriftliche Anfrage von Niklaus Scherr (AL), Andreas Kirstein (AL) und 6 Mitunterzeichnenden vom 16.09.2015:**

**«Energie 360° AG», Transparenz bezüglich der Beschlüsse des Stadtrats zur Umbenennung und zur strategischen Ausrichtung sowie Angaben zu den Sitzungen des Verwaltungsrats, den Entschädigungen und den Boni**

Von Niklaus Scherr (AL), Andreas Kirstein (AL) und 6 Mitunterzeichnenden ist am 16. September 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im März 2014 beschloss die Erdgas Zürich AG an einer ausserordentlichen GV die Umbenennung in Energie 360 Grad AG. Damit verbunden ist erklärermassen eine gesamtschweizerische Expansion und eine Verbreiterung der Angebotspalette. Der Jahresbericht 2014 postuliert denn auch: „Unser Ziel ist es, führender Energieversorger für ökologisch sinnvolle Wärmelösungen in der Schweiz zu werden.“ Gemäss Handelsregisterprotokoll dauerte die ao. GV vom 18. März 2014 im Zunfthaus zur Schmidin, an der die Umbenennung beschlossen wurde, ganze fünf Minuten von 11h25 bis 11h30. Wieweit die Umbenennung und die Offensivstrategie im Zürcher Stadtrat diskutiert und genehmigt worden ist, bleibt unklar. Eine Suche unter den veröffentlichten Stadtratsbeschlüssen unter den Schlagworten „Erdgas Zürich AG“ und „Energie 360 Grad AG“ fördert ganze zwei Treffer zutage, nämlich die StRB's 2011/181 und 2012/272, die beide die VR-Wahlvorschläge für die GV betreffen. Nach 2012 werden nicht einmal mehr diese Nominationsbeschlüsse publiziert. Auch die Geschäftsberichte enthalten deutlich weniger Informationen als die einer durchschnittlichen börsenkotierten Firma.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. An welchen Stadtratssitzungen fanden Diskussionen und Beschlussfassungen zur Erdgas Zürich AG resp. Energie 360 Grad AG statt? Bitte um Auflistung von Daten, Beschluss-Nummern und wichtigen Beschlüssen.
2. Wurde über die Umbenennung in Energie 360 Grad AG und die damit verbundene Strategie im Stadtrat Beschluss gefasst? Wenn Nein: warum nicht?
3. Falls es weitere Stadtratsbeschlüsse als die beiden eingangs erwähnten zu Erdgas Zürich/Energie 360 Grad gibt: warum sind diese bisher nicht öffentlich zugänglich? Ist der Stadtrat bereit, diese nachträglich öffentlich zugänglich zu machen? Wenn Nein: warum nicht?
4. Energie 360 Grad AG hat in den letzten Jahren begonnen, offensiv Firmen ausserhalb der Stadt Zürich zu übernehmen, womit sich eine grössere Risikoexposition ergibt. Wurden solche Fragen auch im Rahmen allgemeiner energiepolitischer Diskussionen im Stadtrat erörtert?
5. Wieviele Personen waren an der ao. GV vom 18. März 2014 ausser Stadtrat Türler, Departementssekretär Sauter und VR-Sekretär Strebel anwesend?
6. Wieviele Verwaltungsratssitzungen fanden in den letzten fünf Jahren pro Jahr jeweils statt?
7. Auf wessen Anregung wurde die Namensänderung beschlossen?
8. Wie hoch war die gesamthafte Entschädigung des CEO inkl. Boni und Einnahmen aus VR-Mandaten von Beteiligungen pro Jahr während der letzten fünf Jahre? Und wie hoch für die Geschäftsleitung insgesamt? Bitte um mindestens so detaillierte Angaben, wie sie für börsenkotierte Firmen vorgeschrieben sind.
9. Wie hoch waren die Entschädigungen der Verwaltungsräte pro Jahr während der letzten fünf Jahre?
10. Von der AG-Gründung 1998 bis 2014 gehörte der FDP-Politiker und Anwalt Beat Badertscher dem Verwaltungsrat an. Er hat in dieser Zeit und auch danach wichtige Aufträge für die AG wahrgenommen (Statutenänderungen, treuhänderische Gründung von Tochtergesellschaften wie aktuell der Limmat Energie AG am 14. August 2015 etc.). Bei börsenkotierten Firmen müssen Transaktionen mit nahestehenden Personen (u.a. Verwaltungsräten) offengelegt werden. Was für Aufträge hat RA Badertscher in den letzten fünf Jahren von der Erdgas Zürich/Energie 360 Grad AG erhalten und wieviel Gesamtent-schädigung hat er dafür bezogen?
11. Ist der Stadtrat bereit, seine Politik gegenüber der Energie 360 Grad AG künftig transparenter zu gestalten und dafür zu sorgen, dass die Geschäftsberichte aussagekräftiger werden und sich zumindest den Standards börsenkotierter Firmen annähern?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n t n i s n a h m e n**

**1279. 2015/185**

**Schriftliche Anfrage von Hans Jörg Käppeli (SP) vom 10.06.2015:  
Tiefe Durchschnittsgeschwindigkeiten der Trams und Busse aufgrund der geringen Haltestellenabstände, mögliche Einsparungen durch eine Erhöhung der durchschnittlichen Geschwindigkeiten sowie Strategie zur Überprüfung der Nutzung der heutigen Haltestellen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 760 vom 2. September 2015).

**1280. 2015/187**

**Schriftliche Anfrage von Hans Jörg Käppeli (SP) vom 10.06.2015:  
Neue Linienführungen der Buslinien 37, 61/62, 63 und 75 ab dem Fahrplanwechsel 2015, heutige Passagierfrequenzen der Linien sowie Vor- und Nachteile und Kostenfolgen der künftigen Linienverknüpfungen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 761 vom 2. September 2015).

**1281. 2015/234**

**Schriftliche Anfrage von Rolf Müller (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) vom 01.07.2015:  
Ausbau des Glasfasernetzes in Zürich, Rentabilitätserwartung sowie Umfang der geplanten Abschreibungen auf den Glasfaseranlagen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 759 vom 2. September 2015).

Nächste Sitzung: 23. September 2015, 17 Uhr.